

Strittige Zugehörigkeiten, Scales und Repräsentationen des Gemeinsamen

»Familie«, »Nation« und »Europa«¹

Die Frage nach Priorisierung der Autonomie der »Frauen« oder »Familien« sowie die damit verbundenen Ideen über die zu geltende sozial-politische Ordnung sind seit den 1980er Jahren Gegenstand andauernder Auseinandersetzungen zwischen geschlechterdemokratischen, feministischen und rechtskonservativen katholischen Akteur_innen in Polen. Schwangerschaftsabbrüche und reproduktive Rechte im Allgemeinen sowie Verhütung und Sexualaufklärung stehen im Zentrum eines erbitterten Streits, der bis heute anhält und immer wieder zu politischen Kontroversen führt.

Ausgehend von der Beobachtung, dass die Auseinandersetzungen über die Gestalt eines neuen Polens auch die Gestalt der Gender-Ordnung, der relationalen Autonomie der Kategorie »Frau« bzw. der Unterordnung dieser Zugehörigkeitskategorie in die Familieneinheit beinhaltet, wird in diesem Kapitel der Frage nachgegangen, wie eine konkrete Gestaltung der Gender-Ordnung sowie ihre relationale, räumliche und skalare Dimension im Zusammenhang mit *Repräsentation* und *Agency* stehen. Insbesondere galt der Fokus Strategien von Akteur_innen, die sich selbst in verräumlichten und skalaren Zugehörigkeitsordnungen positionierten und diese entweder strategisch nutzten oder sich dafür einsetzten, diese substanzial zu ändern. Dahingehend werden die sich verändernden, miteinander konkurrierenden

¹ Ein Teil der empirischen Forschung zu diesem Kapitel fand im Rahmen eines breiteren internationalen Forschungsprojekts zur »Transnationalisierung von Kämpfen um Anerkennung« statt. Einige Textabschnitte und Thesen dieses Kapitels wurden zuvor als Artikel veröffentlicht: Ramme, Jennifer (2019): Exclusion through Inclusion. Struggles Over the Scalar Regimes of Belonging Europe and the Family at the 1995 Fourth UN World Conference on Women and the Agency of (Polish) Women, *Frontiers in Sociology*, doi: 10.3389/fsoc.2019.00055 veröffentlicht. Eine frühere Version des Beitrags wurde nach einer Begutachtung in den Jahren 2010–2012 erstmals 2013 zur Veröffentlichung in einem noch nicht erschienenen Sammelband des WZB Berlin angenommen.

oder sich ergänzenden Gender-Regime der *Familie*, der *Nation* und der *Region* analysiert.

In dem Kapitel über die Interventionen in Sexual- und Gender-Ordnungen in Warschau ging es vor allem um die Herstellung von *Präsenz* und *Dissens* in der Stadt, auf Straßen, auf Plätzen usw. Neben künstlerischen Interventionen mithilfe von Objekten war dies die Reproduktion und Kontestation von räumlich-sinnlicher Ordnung – hier der gemeinsame urbane Raum – durch Praktiken, an denen sich zumindest theoretisch alle Bewohner_innen einer Stadt und auch zufällige Passant_innen hätten beteiligen können.

Anders sieht dies im Fall der in vorliegendem Kapitel beschriebenen Auseinandersetzungen aus, denn diese finden in Bezug sowie in Interaktion mit stark reglementierten und hierarchischen Raum- und Zugehörigkeitsordnungen statt. Die Räume werden nur von ausgewählten Akteur_innen mitkonstituiert und der Zugang ist nur wenigen gewährt. Die Fragestellung dieses Kapitels konzentriert sich deshalb darauf, wie institutionalisierte Maßstabsebenen (*Scales*) eines relationalen Zugehörigkeitsregimes die Möglichkeit beeinflussen, als ein politisches Kollektiv aufzutreten sowie eine Identitätskategorie zu besetzen, um aus dieser Position heraus Forderungen zu stellen und handlungsfähig (*Agency*) zu sein. *Agency* meint hier die Möglichkeit, an räumlich-sinnlichen Prozessen teilzuhaben und diese mitzubeeinflussen.

Die in diesem Kapitel dargestellten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Organisationen kommen aus dem Umfeld feministischer und geschlechterdemokratisch ausgerichteter Initiativen, die überwiegend Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in Polen entstanden. Bezeichnend für sämtliche Akteurinnen ist, dass sie sich in der politisch-systemischen Transformationszeit vom Staatssozialismus zu einer marktwirtschaftlich geprägten Demokratie (dies bezieht sich vor allem auf die Zeit vom Ende der 1980er Jahre bis zur EU-Integration im Jahr 2004) darum bemühten, die Grundlagen des polnischen Staates geschlechterdemokratisch mitzugestalten sowie Änderungen auf juristischer, administrativer und infrastruktureller Ebene zu bewirken, um Bürgerinnen die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe am Staat und an der Gemeinschaft zu gewährleisten. Diesbezüglich untersucht und interviewt wurden die in der Zeit der Transformation landesweit einflussreichsten und aktivsten feministischen bzw. frauenpolitischen Akteurinnen des Nichtregierungssektors, bspw. die Mitbegründerinnen der Polnischen Feministischen Vereinigung (*Polskie Stowarzyszenie Feministyczne*, kurz PSF), die später unter dem Namen PSF Frauenzentrum (*PSF Centrum Kobiet*) aktiv war, das durch die PSF mitbegründete Föderation für Frauen und Familienplanung (*Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny*, auch Federa genannt), das Frauenrechtszentrum (*Centrum Praw Kobiet*), die EfKa-Stiftung, die Gender Studies der Warschauer Universität, das landesweite Fraueninformationszentrums (*Ośrodek Informacji Środowisk Kobieczych*, kurz OŚKa), aber auch in dem Polnischen Komitee der

Nichtregierungsorganisationen – Peking 1995' (*Spółeczny Komitet na Rzecz Organizacji Pozarządowych Pekin 1995*, kurz SKOP-'95).

Wie aus der Schreibweise ablesbar ist, handelt es sich bei den untersuchten und interviewten Personen um Aktuerinnen, die als »Frauen« sozialisiert wurden und auch weibliche grammatische Formen und Namen verwenden. Viele von ihnen sind angesichts der drohenden Verschärfung des Abtreibungsgesetzes Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre mobilisiert und politisiert in die Öffentlichkeit getreten. Diese frühe Phase der Mobilisierung sowie der gesellschaftspolitische Kontext sind Gegenstand eines Unterkapitels, da hier bereits die Kontroversen über Zugehörigkeit und die Legitimität von Repräsentation zu erkennen sind, die später in komplexen politischen Arenen wie der UNO ihre Fortsetzung fanden.

Die Aktivitäten früher geschlechterdemokratischer und feministischer Akteur_innen in Polen blieben nicht auf die Frage der reproduktiven Selbstbestimmung beschränkt. Vielmehr waren sie bemüht, die institutionellen Grundlagen, auf denen die gesellschaftliche und politische nationale (und sogar regionale) Ordnung basierte, geschlechterdemokratisch umzugestalten. Einige der untersuchten Organisationen und Akteurinnen setzten sich auch auf internationaler Ebene für Frauenrechte ein, etwa in der UN. Dies waren bspw. die oben genannte Initiative SKOP-'95, die Karat-Koalition sowie das Mittel- und osteuropäische Frauennetzwerk für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (*Central and Eastern European Women's Network for Sexual and Reproductive Health and Rights*, ASTRA). Weitere Organisationen, die im Zusammenhang mit der Frage zur Interdependenz von *Scale*, *Repräsentation* und *Agency* betrachtet wurden, umfassen regionale und transnationale Netzwerke, so das Netzwerk der Ost-West-Frauen (*Network of East-West Women*, NEWW), sowie lokale geschlechterdemokratische Akteur_innen in Polen und den USA, die sich auch außerhalb des nationalen Rahmens für die Rechte von Frauen in Polen und poststaatssozialistischen Ländern engagierten.

Ausgangspunkt für die in diesem Kapitel vorgestellten Untersuchungen bildete die Fragestellung, warum geschlechterdemokratische Akteurinnen aus ehemaligen staatssozialistischen und postsowjetischen Ländern in Europa ihre eigenen regionalen Organisationen gründeten, um sie in internationalen Foren wie der UNO zu vertreten, anstatt sich bereits bestehenden einflussreichen Organisationen wie der Europäischen Frauenlobby anzuschließen. Wie bereits in der Einleitung und Kapitel beschrieben, wurde ein Teil der empirischen Forschung wurde zunächst unter der Perspektive der »Transnationalisierung von Anerkennungskämpfen« durchgeführt. Die »Europäisierung« verstandene »Transnationalisierung« und das implizite Telos, Europa zu werden (Delanty 1996), erwiesen sich jedoch als zu eng gefasst. Erstens baut dieses Telos auch auf einem methodologischen Nationalismus (Wimmer und Glick Schiller 2002) auf, da angenommen wird, etwas sei erst »national« gewesen und werde nun »transnational« bzw. »europäisch«. Zweitens verkennt die Perspektive *Anerkennung* Prozesse, die nicht darauf abzielen, in eine Ordnung integriert zu

werden, und kann Prozesse der *Desidenitifikation* sowie Situationen des *Dissens* nicht ausreichend berücksichtigen.² Diese aber erwiesen sich als zentral für den Untersuchungsgegenstand. Folglich wird von mir der Forschungsgegenstand sowohl mit Blick auf Prozesse der Integration in bestehende Ordnungen als auch in Bezug auf Prozesse von *Desidentifizierung* und Situationen des *Dissens* betrachtet. Von Interesse sind dabei Praktiken des An(-Ordnens) sowie die Produktion von räumlich-sinnlichen *Synthesen*.

Den ausgewählten Fallbeispielen ist gemeinsam, dass die darin vorkommenden Akteur_innen bemüht sind, stark reglementierte, institutionalisierte Gender-Regime, die entweder vom Staat oder durch internationale Organisationen, wie die der UN, durch Ressourcen und Macht abgesichert werden, nachhaltig zu ändern. Ordnungen, die Zugehörigkeit über Identitätskategorisierungen organisieren, spielen in diesen Prozessen eine große Rolle. Die Legitimität einer Repräsentation einer Identitätskategorie und die mit der jeweiligen Identitätszuschreibung verbundene Zugehörigkeitsordnung sind ausschlaggebend, wenn es darum geht, ob nichtstaatliche, zivilgesellschaftliche Akteur_innen Zugang zu Versammlungen haben, auf denen Entscheidungen bezüglich des *Gemeinsamen* getroffen werden. Aus diesem Grund waren geschlechterdemokratische bzw. feministische Akteurinnen sehr bemüht, sich auch auf nationaler sowie regionaler Ebene zu konsolidieren – sie wollten Repräsentation und Verhandlungsstärke gewinnen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der politischen Ost-West-Teilung setzte sich ein Prozess der geopolitischen Transformation in Gang, von denen auch tradierte Arrangements von Geschlechterverhältnissen betroffen waren. Während viele Regionen von Kriegen heimgesucht wurden sowie einen Aufschwung nationalistischer und konservativer Kräfte erlebten, begriffen frauenpolitische Bewegungen die politische Transformation auch als Chance, sich grenzüberschreitend zu organisieren und die Welt global gerechter zu gestalten. Konservative, rechte, nationalistische und antikommunistische Akteur_innen und Bewegungen bemühten sich wiederum, gesellschaftspolitische Egalisierungsprozesse aufzuhalten und hierarchische Strukturen gesellschaftspolitischer Ordnung, wie u.a. strikte binäre Gender-Ordnungen, aufbauend auf rigidien Sexualnormen, (wieder-)herzustellen. Da diese Arbeit sich mit dem Thema strittiger Gender- und Sexual-Ordnungen beschäftigt, betrachte ich auch politische Vorgehensweise von Akteur_innen, die sich für die Einschränkung von reproduktiven Rechten einsetzten und sich somit direkt gegen geschlechterdemokratische sowie feministische Initiativen richteten. Aufgrund gegengesetzter Vorstellungen begegnen sich diese beiden

² Vgl. hierzu die theoretischen Kapitel in dieser Arbeit, sowie insbesondere Rancières Ausführungen in seiner Dispute mit Axel Honneth zur Thematik Anerkennung oder Dissens (Rancière 2016: 83–95).

Akteursgruppen bis heute immer wieder in zugesetzten Auseinandersetzungen über die zu geltende gesellschaftspolitische Ordnung.

Am Beispiel der von der UN organisierten 4. Weltfrauenkonferenz im Jahr 1995 stelle ich die Bedeutung von *Scales* für die Entstehung der regional übergreifenden Advocacyorganisationen für Geschlechterdemokratie dar. Sowohl für die geschlechterdemokratische Bewegung in Polen als auch für ihre Gegner_innen war die 4. Weltfrauenkonferenz in China ein Schlüsselereignis, welches bis heute politisch nachwirkt. Als Beispiele wird einerseits der Konflikt zwischen familistischen und geschlechterdemokratischen Akteur_innen herangezogen, andererseits wird die Problematik der europäischen Ost-West-Teilung der sich in Peking versammelnden globalen, weiblichen Zivilgesellschaft behandelt. Eine von mir diesem Zusammenhang gestellte These (Ramme 2019) ist, dass geschlechterdemokratische Akteur_innen im Kontext der UN gegenüber familistischen Abtreibungsgegner_innen einen Vorsprung hatten, da sie die Repräsentation der autonomen Kategorie »Frau« übernehmen konnten, während die katholischen Akteur_innen, wenn sie als »Frauen« auftraten, immer auf ihre Unterordnung auf die »Familie« verweisen mussten und somit über die Bezugnahme auf die Kategorie »Frau« nur bedingt handlungsfähig waren. In diesem Kapitel werden die oben genannten Thesen vertieft und bekräftigt sowie zusätzliche empirische Beispiele und Analysen angeführt. So beinhaltet dieses Kapitel u.a. eine Untersuchung der Berichterstattung im Zusammenhang mit der Weltfrauenkonferenz und den Organisationen SKOP-'95 und Karat Koalition sowie weiterer beteiligter Akteursgruppen durch polnischsprachige Tages- und Wochenzeitschriften zwischen 1994 und 1998. Der zeitliche Fokus liegt vor allem auf den 1990er Jahren, teilweise werden aber auch der gesellschaftspolitische Kontext sowie die Entwicklungen davor und danach berücksichtigt, um die Ereignisse sowie deren Relevanz und Nachwirkungen besser einordnen zu können.

Streit um die Autonomie der Kategorien »Frau« und »Familie« und Mobilisierungen gegen die Verschärfung des Gesetzes zu Schwangerschaftsabbrüchen

In den 1990er Jahren kam es nach der Auflösung der politischen Ost-West-Teilung zu Verschiebungen der globalen und nationalen Ordnungen und Machtverhältnisse. Der Systemwechsel vom Staatssozialismus hin zu einer marktzentrierten liberalen Demokratie brachte in Polen eine Neuformierung des Staates und der Gesellschaft mit sich. Die Frage nach der Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen und anderen Frauenrechten stand nach 1989 im Rahmen der Aushandlung der zukünftigen Gestaltung Polens im Hinblick auf eine laizistische oder katholische Prägung weit

oben auf der Tagesordnung.³ Eine Analyse der Auseinandersetzungen zeigt jedoch, dass mit dem Thema der Abtreibung auch grundsätzliche Fragen der zukünftigen Gestaltung Polens verhandelt wurden, ebenso die Positionierung der Kategorie *Frau* im Verhältnis zur Kategorie *Familie* sowie die daraus resultierenden Macht- und Repräsentationsordnungen.

In rechtsnationalen Diskursen galt das liberale Abtreibungsgesetz als Sinnbild einer verwerflichen antipolnischen und antikatholischen Moral und Praxis, welche das polnische Volk existenziell bedrohe. Erste Versuche, die Rechtsprechung zu Schwangerschaftsabbrüchen zu beeinflussen, machte schon 1977 das Polnische Komitee zur Verteidigung des Lebens, der Familie und Nation (*Polski Komitet Obrony Życia, Rodziny i Narodu*, kurz PKOŻRiN). Dieses reichte eine legislative Initiative ein, die beim damaligen Primas der katholischen Kirche, Stefan Wyszyński, Unterstützung fand, letztendlich jedoch erfolglos blieb. Etwas später schlug der Klub Katholischer Intelligenz (*Klub Inteligencji Katolickiej*) im Jahr 1987 einen zunächst ebenfalls erfolglosen Entwurf zur Verschärfung des Gesetzes vor. Nachdem der Klub jedoch einen Ergänzungsantrag formuliert hatte, folgte 1988 eine Debatte zur Novellierung der gültigen Rechtsprechung in einer Kommission des polnischen Sejms – und eine Gesetzesänderung erschien erstmals real (Szwed-Walczak 2017; Barański 2008:13).

Die Feministische Vereinigung (*Polskie Stowarzyszenie Feministyczne*, kurz PSF), die sich als informelle Gruppe junger Studentinnen 1980 zusammengefunden hatte, reagierte darauf und organisierte einen ersten öffentlichen Protest (PSF Centrum Kobiet k.D.). Wie sich herausstellen sollte, war dies der erste von vielen von Protesten und Interventionen, da sich der Druck seitens der Kirche, konservativer und rechtsnationaler Anti-Choice-Akteur_innen in den Jahren darauf steigerte.

Im Jahr 1989 diskutierte erstmals der Senat (zweite Kammer des polnischen Parlaments) eine legislative Initiative, die eine rechtliche Einschränkung des Rechts auf Schwangerschaftsabbrüche zum Ziel hatte. Der im Februar 1989 eingereichte Gesetzesentwurf beruhte auf einem Entwurf von Mitarbeitern des Polnischen Episkopats in der Kommission für Familienangelegenheiten (*Komisja Episkopatu Polski do spraw Rodziny*) (Jankowska 1991; Ignaciuk 2007: 38). Nicht nur die polnische katholische Kirche und rechte Parteien, sondern auch der Präsident Polens, Lech Wałęsa, befürworteten jetzt eine Verschärfung des Gesetzes. Wałęsa, der 1990 die ersten freien Präsidentschaftswahlen gewann, war Mitbegründer der ersten unabhängigen Gewerkschaft Polens, der NSZZ Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność« – Unabhängiger Selbstverwalteter Gewerkschaftsbund »Solidarität«),

3 Die Idee eines laizistischen Staates funktionierte als *Frame Bridging* für unterschiedliche gesellschaftliche und politische Initiativen. Weitere Auseinandersetzungen wurden z.B. zur Einführung des Religionsunterrichts in Schulen geführt.

und Anführer der größten oppositionellen Bewegung zu Zeiten des Staatssozialismus.

Die Gewerkschaft selbst hatte sich auf einer Delegiert_innen-Versammlung für das Verbot ausgesprochen, ohne jedoch davor ihre weiblichen Mitglieder zu befragen oder eine repräsentative Gruppe weiblicher Delegierter auf die Versammlung zu versenden, obwohl viele Frauen sich in der Gewerkschaft engagierten. Das verärgerte zahlreiche Gewerkschafterinnen, darunter auch die Frauensektion der Gewerkschaft *Solidarność* (*Sekcja Kobiet Solidarności*), deren Koordinatorin Małgorzata Tarasiewicz, eine Oppositionelle und Mitglied der Bewegung Freiheit und Frieden (*Ruch Wolność i Pokój, WiP*), war.⁴ Als im Jahr 1990 im polnischen Senat Anhörungen bezüglich der Verschärfung des Abtreibungsgesetzes stattfanden, ergriff die Schweißerin Anastazja Konieczny das Wort und trat im Namen der Frauensektion der Gewerkschaft *Solidarność* gegen das geplante Abtreibungsverbot auf. Dies veranlasste die Gewerkschaftsleitung dazu, die Frauensektion aufzulösen und ihrer Koordinatorin Tarasiewicz zu kündigen. Diese verlor damit nicht nur ihre Arbeit, sondern auch das Vertrauen in viele ihrer früheren politischen Gefährt_innen in der *Solidarność*.⁵

Für die sich in Polen in den 1980er Jahren und Anfang der 1990er Jahre konsolidierenden feministischen Bewegungen waren die Versuche, das Abtreibungsgesetz drastisch zu verschärfen und Personen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, unter Strafe zu stellen, ein Schock. Die Polnische Feministische Vereinigung, deren Mitglieder, wie die von der Autorin interviewten Anna Siwek, Beata Fischer und Jolanta Plakwicz, sich als Teil einer oppositionellen Tradition in Polen verstanden, übte 1990 öffentliche Kritik an der Haltung der NSZ *Solidarność* zu diesen Versuchen. In einem Brief nahmen sie Stellung zu der Position der Gewerkschaft vom 23. April im Jahr 1990, welche die repressive Gesetzesinitiative »Über den Schutz des empfangenen Lebens« (*Oochronie dziecka poczętego*) unterstützte. In der Stellungnahme verwies die Polnische Feministische Vereinigung darauf, dass der Beschluss der Gewerkschaft, der diese Gesetzesinitiative unterstützte, von einem »mehrheitlich männlichen Gremium (90 % der Delegierten waren Männer) ohne Rücksprache mit Frauen« gefasst wurde.⁶ Sie schrieben:

4 Vgl. Interview mit Małgorzata Tarasiewicz durchgeführt von Verfasserin in Gdańsk, Polen im August 2020. Eine gekürzte Form des Interviews ist im Kurzfilm »Nielegalna solidarność kobie« (Illegalle Solidarität der Frauen) (Ramme 2020) zu sehen. Online: <https://youtu.be/6uSYxWcszig>.

5 Ebd. Tarasiewicz wurde mit der Zeit zu den prägenden feministischen Akteur_innen in Polen und übernahm später auch die Leitung des internationale Netzwerkes der Ost-West Frauen (*Network of East-West Women, NEWW*) in Gdańsk.

6 Siehe Polskie Stowarzyszenie Feministyczne, Erklärung vom 28.04.1990. Archiv des *Centrum Kobiet PSF*.

Die Resolution der *Solidarność*, einer Organisation, die behauptet, die gesamte Gesellschaft zu vertreten, und die auf die Wahlfreiheit abzielt, scheint eine Fortsetzung der kommunistischen Tradition der Manipulation und Verwaltung der Gesellschaft zu sein (Zitat nach Szołucha/Rzeplińska 2020 – Übers. J.R.).

Im Mai organisierte die Polnische Feministische Vereinigung (PSF) einen Protest vor dem Gewerkschaftssitz der NSZZ »Solidarność« der Region Masowien in Warschau, an dem sich auch *Pro Femina*, anarchistische Gruppierungen und Mitglieder von einigen Parteien beteiligten.⁷ Auf einem Flyer, den sie während der Protestaktion verteilten, stellten die Aktivistinnen der PSF den durch die *Solidarność* erhobenen Repräsentationsanspruch in Frage:

Wir protestieren gegen die Resolution des Zweiten Kongresses der Gewerkschaft *Solidarność* zum rechtlichen Schutz des menschlichen Lebens ab dem Zeitpunkt der Zeugung, die die Einführung eines Abtreibungsverbots postuliert. Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Gewerkschaft in ihren Angelegenheiten gegen Frauen spricht. Die Entscheidung, ein Kind zu gebären, und die Entscheidung, eine Schwangerschaft abzubrechen, sind individuelle Angelegenheiten von Frauen. DIESE BEIDEN ENTSCHEIDUNGEN MÜSSEN RESPEKTIERT WERDEN!
Wir sind nicht damit einverstanden, dass eine individuelle Entscheidung von jemand anderem als der Person, die vor dieser Entscheidung steht, getroffen werden sollte. Wir protestieren gegen die Umstände und Methoden, die Entscheidungen über die Rechte der Frauen begleiten. Wir fordern eine offene Diskussion über den Schutz des Lebens. Wir fordern, dass die Rechte der Frauen respektiert werden!⁸

Immer wieder kam es seitens konservativer und national-katholischer Abgeordneter zu Versuchen, die Verschärfung der rechtlichen Grundlagen für die Terminierung von Schwangerschaftsabbrüchen durchzusetzen. Als erfolgreich sollte sich jedoch erst eine Initiative unter Führung der rechten katholischen Partei Christlich-Nationale Vereinigung (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*, ZChN) im Frühjahr 1992 erweisen, die ebenfalls vorsah, Schwangerschaftsabbrüche fast gänzlich zu verbieten und Schwangere, die solche durchführen, unter Strafe zu stellen.⁹

7 Darunter laut einem Pressebericht Mitglieder von u.a. der Polnischen Sozialistischen Partei – Demokratische Revolution (PPS-RD), und der Partei Sozialdemokratie der Republik Polen (pl. *Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej, SdRP*) (vgl. Konarska/Rzeplińska 1990).

8 Den Flyer mit dem Titel »PROTEST« unterschrieb die »Polnische Feministische Vereinigung« (Übers. J.R.). Ein von der Autorin angefertigtes Foto des Flyers befand sich im Archiv des zwischen aufgelösten Frauenzentrums PSF.

9 Zum Gesetzgebungsprozess und der Initiative siehe das »Projekt der Abgeordneten für ein Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens« (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej 1992).

Es folgte eine Mobilisierungskampagne gegen die drohende drastische Verschärfung der Gesetzeslage. In den Bujak-Komitees (*Komitety Bujaka*), die u.a. durch die Parlamentarier_innen Zbigniew Bujak, Barbara Labuda und Izabela Jaruga-Nowacka vertreten waren, kam es 1992 zu einer landesweiten Unterschriftenkampagne für ein Referendum, damit Bürger_innen auf diesem Weg selbst darüber entscheiden, welche Gesetzgebung sie für richtig halten (vgl. Skipietrow 1992). An der breiten Mobilisierung für ein Referendum und der Sammlung von Unterschriften beteiligten sich viele Einzelpersonen und Organisationen u.a. Neutrums. Die Organisation entstand im Herbst 1990, nachdem trotz breiter Proteste Religionsunterricht an den Schulen eingeführt worden war. Neutrums setzte sich für die Trennung von Kirche und Staat ein (Neutrums 1999). Beteiligt an der Mobilisierung für ein Referendum waren auch Aleksandra Solik und Wanda Nowicka als Mitglieder der Gruppe Neutrums, die sich auch in den folgenden Jahrzehnten auf nationaler und internationaler Ebene sowie in der Föderation für Frauen und Familienplanung (*Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny*) für eine Liberalisierung des Gesetzes einsetzten.

Trotz der immensen Mobilisierung und der ca. 1,7 Millionen Unterschriften hatte eine Kommission des Sejm, der Legislativ- und Sonderausschuss (*Komisja ustawodawcza i nadzwyczajna*), die Durchführung eines Referendums abgelehnt (Nowakowska/Gazeta Wyborcza 1992): – was aus Sicht vieler geschlechterdemokratischer Akteur_innen als Verrat an demokratischen Prinzipien und Übergehen des Willens der Bevölkerung zu bewerten ist, da Umfragewerte zu diesem Zeitpunkt besagten, dass sich die meisten Bürger (74 %) ein Referendum wünschten und die überwiegende Mehrheit sich gegen eine Verschärfung des Gesetzes aussprachen (vgl. CBOS 1992). Trotz des fehlenden Zuspruchs der Bevölkerung wurde ein zuvor in einer Sonderkommission des Sejms ausgearbeitetes restriktives Gesetz verabschiedet, das am 7. Januar 1993 in Kraft trat.

Umgangssprachlich wurde das Gesetz auch als »Abtreibungs-Kompromiss« bezeichnet. Es stellte Schwangere, die sich für einen Abbruch entschieden hatten und diesen dann durchführten, zwar nicht unter Strafe, ließ einen Abbruch jedoch nur noch in dem Fall zu, wenn der Fötus geschädigt war, sich die Gesundheit und das Leben der Mutter in Gefahr befanden oder die Schwangerschaft infolge einer kriminellen Handlung zustande gekommen war.¹⁰ Damit entfiel die legale Begründung eines Schwangerschaftsabbruchs mit dem Verweis auf schwierige Lebensbedingungen. Sogar die Beihilfe zum Abbruch durch medizinisches Personal wurde in solchen Fällen unter Strafe gestellt.

¹⁰ Siehe das Gesetz vom 7. Januar 1993 zur Familienplanung, dem Schutz des menschlichen Fötus und den Voraussetzungen zur Schwangerschaftsunterbrechung (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej 1990).

Eine Aussage von Antoni Macierewicz – zu dem Zeitpunkt Innenminister und rechtskonservativer Politiker der Christlich-Nationalen Vereinigung (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*, kurz ZChN) – während einer Sejm-Debatte von 1992 zu der Gesetzesinitiative verweist auf den breiteren Kontext der Auseinandersetzung um die Zulässigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen in Polen:

Die Essenz des Streits, der heute in diesem Saal stattfindet, beruht darauf, ob die Republik Polen ein Land des Lebens wieder aufbauen, oder ob wir ein Land des Todes bauen und die Traditionen der Zivilisation des Todes fortsetzen werden (Macierewicz 1992, Zitat nach Szotucha und Rzeplińska 2020 – Übers. J.R.).

Mit diesen Worten knüpfte Macierewicz an den globalen Diskurs des Vatikans und dessen Masterframe zur »Zivilisation des Todes« an.¹¹ Die Fokussierung des rechtskonservativen Lagers auf die Abtreibungsfrage ist neben dem Einfluss der katholischen Kirche auf politische Entwicklungen auf die familistische Prägung des Nationalismus in Polen zurückzuführen. Das Thema der reproduktiven Rechte und später die Kritik häuslicher Gewalt, die von Seiten national-katholischer Akteure als Angriff auf die Integrität der *Familie* ausgelegt wurden, waren und sind bis heute Brennpunkte in Auseinandersetzungen um die sozialpolitische Ordnung des polnischen Staates.¹²

Die *Familie* sowie ihre Funktion für die Reproduktion der nationalen und religiösen Gemeinschaft sind ein zentraler Ankerpunkt des katholisch geprägten Nationalismus und des christlichen Fundamentalismus, da für beide in Polen eine rechte Familienideologie prägend ist.¹³ Bausteine rechter Familienideologie sind bereits in protofaschistischen und rechtsnationalen Bewegungen der Vorkriegszeit, wie in denen der National-Demokratie, auch *Endecja* genannt, zu finden. Gleichzeitig sind sie Bestandteil in den Diskursen des rechtskonservativen Flügels der polnischen katholischen Kirche. In seiner Forschung zu nationalistischen Erziehungs- und Bildungsparadigmen in den Jahren 1905 bis 1939 sowie den Sozialisationsmustern der polnischen National-Radikalen konnte Piotr Franz direkte Verbindungen zwischen dem nationaldemokratischen Lager von Roman Dmowski

¹¹ Zum Masterframe »Zivilisation des Todes« in rechten und katholischen Diskursen (vgl. z.B., Monica Cornejo-Valle und Jennifer Ramme (2022: 45).

¹² Für eine Diskussion des Verhältnisses zwischen dem polnischen Staat und katholischer Kirche vgl. u.a. Ramet, Sabrina P. (2017 und 2014) sowie Sabrina Ramet und Irena Borowik (2015) sowie Frances Millard (1997).

¹³ Ich habe die Gründe für die familistische Prägung des Nationalismus in Polen zuvor in dem folgenden Beitrag diskutiert (Ramme 2020). Die Gründe für den Zuspruch zu einer solchen Politik sind sehr komplex und erfordern zusätzliche umfassende Forschungen, z.B. mit Blick darauf, inwiefern der Abbau sozialer Infrastrukturen den Zuspruch zu Familienideologien erhöht.

und den in der Nachkriegszeit einflussreichen rechtsgerichteten Kirchenvertretern, bspw. Kardinal Stefan Wyszyński, feststellen.¹⁴

Der Zusammenhang von Familismus und Nationalismus zeigt sich in den Worten des einflussreichen Kardinals Wyszyński (1901–1981), die im Jahr 2001 die Polnische Bischofskonferenz zitierte:

Die Familie, stark mit Gott, ist die Stärke der Nation. Die Familie ist die wichtigste Kraft und das wichtigste Bollwerk der Nation. Wer ein Freund der Nation ist, stärkt die Familie, wer ein Feind der Nation ist, zerstört die Familie.¹⁵

Der Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, an der Seite des Demografen Walenty Majdański, prägte die pronatalistischen katholischen Diskurse gemäß der Devise »je mehr Menschen wir haben, desto stärker das Land« (1957) bereits zu Zeiten des Staatssozialismus (Kuźma-Markowska 2019: 10).¹⁶ Die theoretischen Grundlagen des Theologen und Primas Wyszyński fanden ihren Widerklang bis in die Schriften des designierten Papstes Johannes Paul II. Dieser rief während seiner Pilgerschaften in der staatssozialistischen Volksrepublik Polen zu einer katholischen moralischen Erneuerung des polnischen Volkes auf, wobei die neu zu entstehende Gesellschaftsordnung dem Gesetz Gottes unterstellt werden sollte.¹⁷

In Zeiten eines autoritären Staatssozialismus bot die Privatsphäre der Familie Schutz vor einem invasiven Machtapparat. Als Schutzraum vor dem Staat gewann die Familie aber auch Attraktivität für die Umsetzung von Agenden nationaler Bewegungen oder der internationalen und polnischen katholischen Kirche, der durch die formale Institution der kirchlichen Ehe eine besondere Gestaltungsmacht in diesem Bereich zukommt. Die Familie galt hier nicht nur als eine Art »Keimzelle der Nation«, sondern darüber hinaus als Ort des nationalen und katholischen Widerstandes. Die Transformation des »Geistes« der Nation durch die Erziehung in der Familie hatte zum Ziel, der politischen Transformation zu einem unabhängigen polnischen Nationalstaat den Weg zu ebnen. Die Verbindung von nationaler Zugehörigkeit und Souveränität mit katholischer Moral sowie geistiger Gesinnung

14 Über die Bildungspolitik und Verbindungen zwischen dem National-Radikalen Lager der ONR und Personen, wie Kardinal Stefan Wyszyński in der Vorkriegszeit hat Piotr Franz im Rahmen seiner Promotionsarbeit an der Europa-Universität Viadrina recherchiert (vgl. Franz 2023).

15 Zitat von Wyszyński, Stefan (1961) nach der Polnischen Bischofskonferenz, die 2001 einen Hirtenbrief veröffentlichte (Polnische Bischofskonferenz 2001). Zu dem Zusammenhang von Nationalismus und Familismus in Polen vgl. auch Jennifer Ramme (2020).

16 Zu der Rolle Wyszyńskis vgl. auch Monica Cornejo-Valle und Jennifer Ramme (2021: 42–43).

17 Vgl. Z. B. die Rede während seines Aufenthalts in Częstochowa am 5. Juni 1979 (vgl. Jan Paweł II 2007: 144).

erklärt die Zentralität von Gender, Sexualität und Familie in rechtsnationalen Diskursen in Polen (vgl. Ramme 2020).

Die Frage der Abtreibung steht folglich im engen Zusammenhang mit der Form nationaler Zugehörigkeitsordnung, der ihr zugrundeliegenden Hierarchien sowie der Durchsetzung der respektiven Ordnung durch den Staat. In der national-katholischen Auslegung, die u.a. von den der katholischen Kirche nahestehenden Parteien Christlich-Nationale Vereinigung (*ZchN, Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*), Wahlaktion Solidarność (AWS, *Akja Wyborcza Solidarność*) und der Liga der Polnischen Familien (LPR, *Liga Polskich Rodzin*) Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit (*Konfederacja, Konfederacja Wolności i Niepodległości*) sowie der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS, *Prawo i Sprawiedliwość*) vertreten wird, funktioniert die Kategorie »Frau« immer in Relation zu den Kategorien »Mann« und »Familie«. Diese Sichtweise wird von der polnischen und der internationalen katholischen Kirche geteilt (vgl. Raday 2012).

In der familistischen Zugehörigkeitsordnung, wie sie rechtskonservative und nationalistische Akteur_innen in Polen vertreten, ergibt sich die Bedeutung der Kategorie *Frau* nur durch die interne Relationierung mit der übergeordneten *Familie*. Die *Familie* selbst nimmt hingegen die Gestalt eines geschlossenen »Containerraums« der Zugehörigkeit an, in dem die Handlungsmacht sowie die relationale Autonomie der abhängig zugeordneten Kinder und Ehefrauen eingeschränkt sind. Die relationale und komplementäre Bindung der *Frau* an den *Mann* (wobei *Mann* als universell gilt und im Gegensatz zur *Frau* auch autonom funktionieren kann) wird hingegen von feministischen Akteur_innen und in der feministischen Theorie als diskriminierendes Dominanzverhältnis wahrgenommen (vgl. z.B. Beauvoir 1989; Butler 1991). Die feministischen Akteur_innen kämpfen um die Autonomie der Kategorie *Frau*, damit diese einerseits in verschiedenen Relationen erscheinen kann und andererseits den der Kategorie Zugeordneten eine Handlungsmöglichkeit (*Agency*) verliehen werden kann. *Agency* bedeutet in dem Kontext, sich selbst relational (an-)ordnen und auch repräsentieren zu können.

Die Frage nach der Form, die eine nationale Zugehörigkeitsordnung in Polen annehmen sollte, überträgt sich auch auf die Gestaltung politischer Institutionen und von Repräsentationsorganen im Staat. In Bezug auf die Repräsentation ist der Kampf um die Einrichtung einer polnischen Regierungsbeauftragtenstelle für Frauen exemplarisch und zeigt sich bildhaft an den Namensänderungen dieser Funktion: Abhängig davon, welche politische Option/Partei an der Spitze der Regierung stand, ersetzte diese das Wort »Frau« durch »Familie«. So wurde die erste Stelle 1986 nach der 3. Weltfrauenkonferenz der UN in Nairobi noch von der staatssozialistischen Regierung geschaffen und als Regierungsbeauftragter für *Frauen* bezeichnet. In einem Schreiben des Büros für *Frauen* (*Biuro ds. Kobiet*) an das Ministerium für Sozialpolitik (*Ministerium Polityki Socjalnej*) vom Februar 1991 rief die Frauenbeauftragtenstelle zur Korrektur des Ministerratsbeschlusses auf. Das Büro forderte die

Einrichtung eines Regierungsbeauftragten für Anliegen der *Familie*, statt der polnischen Regierungsbeauftragtenstelle für *Frauen* (vgl. Biuro ds. Kobiet 1991: 1–3). Im Jahr 1991, d.h. nach der Regierungsübernahme durch eine Koalition von rechtsgerichteter und national-katholisch gerichteter Parteien, wurde der Name in Beauftragter für *Frauen und Familie* (1991–1992) geändert. 1995 folgte eine Umbenennung in Beaufragter für *Familie und Frauen* (1995¹⁸–1997), danach gab es nur noch einen Beaufragter für die *Familie* (zu den Namensänderungen bis Ende der 1990er Jahre vgl. Nowakowska 2000). In den Jahren 2001–2005 wurde der Name in Regierungsbeauftragte für die *Gleichstellung von Mann und Frau* umbenannt, dann gänzlich abgeschafft, um schließlich 2008, unter dem Druck von NGOs und der EU, unter dem Namen Regierungsbeauftragter für *Gleichstellung* wiederhergestellt zu werden, aber ohne Nennung derer, die gleichbehandelt werden sollten.

Die Konsolidierung der geschlechterdemokratischen Akteur_innen zwecks Vertretung gegenüber dem Staat, regionalen NGOs und der UN

Die Auseinandersetzungen über die künftige Gestalt des polnischen Staates war von Anfang an nicht nur eine innerpolnische Angelegenheit. Zahlreiche internationale Organisationen und grenzüberschreitend agierende Akteur_innen waren involviert. Der Vatikan und die katholische Kirche als mächtiger Akteur schafften es, sich in kurzer Zeit viele Privilegien im Staat, inklusive des Einflusses auf politische Entscheidungsprozesse, zu sichern (vgl. Mishtal 2015). Für geschlechterdemokratische Akteur_innen in Polen ergaben sich hingegen erst durch die UN Chancen, die Entwicklung Polens durch Advocacy-Arbeit auf internationalen Foren zu beeinflussen. Die vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) geleiteten Prozesse und Zusammenkünfte zum Thema Frauenrechte integrierten sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen unterschiedlicher politischer Fraktionen und schufen damit wichtige intermediäre Räume, in denen die Struktur des polnischen Staates mit ausgehandelt werden konnten.

Insbesondere Anfang der 1990er Jahre intensivierte sich die Advocacy-Arbeit grenzüberschreitend vernetzter geschlechterdemokratischer und feministischer Akteur_innen innerhalb Europas – im Sinne einer Region inklusive Russlands sowie zwischen den USA und Europa. Akteur_innen aus Staaten, die nach Jahrzehntelanger Abhängigkeit erstmals ihre Souveränität wiedererlangt hatten, fanden Einzug in die UN und wurden in Prozesse und die Formierung einer »globalen Zivilge-

18 Nach einer zeitlichen Unterbrechung wurde das Büro 1994 kurz vor der 4. UN-Weltfrauenkonferenz wieder eingerichtet (vgl. auch Gerichtsurteile zur Funktion des Pełnomocnika Rządu do Spraw Rodziny i Kobiet: Kancelaria Sejmu RP k.D.).

sellschaft« eingebunden.¹⁹ Obwohl Polen bereits 1979 die »UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau« (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, CEDAW*) unterschrieb und 1981 ratifizierte, dauerte es fast 25 Jahre, bis sich staatsunabhängige Akteur_innen in und aus Polen organisierten, um ihren Anliegen auf den Foren der UN Gehör zu verschaffen.²⁰ Dies lag daran, dass sich Organisationen mit staatsunabhängiger Agenda bis zum Systemwechsel nicht offiziell registrieren konnten.²¹ Anfangs waren es Einzelpersonen mit guten Englischkenntnissen, die sich grenzüberschreitend vernetzten und sich für internationale Prozesse interessierten. Damit kamen sie in Kontakt mit Advocacy-Organisationen in den USA und Ländern der EU.

Seit der von der UN eingelegten »Dekade der Frauen« (1975–1985) verbanden immer mehr geschlechterdemokratische Advocacy-Akteur_innen Hoffnung mit der UN und reisten in immer größeren Zahlen zu den Foren der UN, um dort Ehescheidungsprozesse mitzubeeinflussen. Auf der Konferenz zum Internationalen Jahr der Frauen 1975 in Mexico City waren es 6000 Teilnehmende, zum Abschlussforum der UN-Dekade der Frauen in Nairobi im Jahr 1985 schon 13.500 und schlussendlich in Peking 300.000, d.h. fast das Zehnfache an Teilnehmenden (Ebd.: 9). Schritt für Schritt und durch die Arbeit tausender Akteur_innen wurden im Rahmen der UN-Prozesse sowie auf den Versammlungen die Rahmenbedingungen für die Gewährleistung von Frauenrechten verhandelt und verändert. Die UN-Weltbevölkerungskonferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (*International Conference on Population and Development – ICPD*) im Jahr 1994 in Kairo setzte sich zum Ziel, die sexuelle sowie die reproduktive Gesundheit von Frauen und Mädchen zu verbessern und die Familienplanung zu unterstützen.

Die Konferenz war ein wichtiger Meilenstein in der Etablierung von Menschenrechten für Frauen. Sie fand ein Jahr vor der mittlerweile historischen UN-Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 statt. Die Verschiebung des normativen Rahmens auf diesen Konferenzen veränderte auch die Subjektposition von Frauen in

¹⁹ Der Begriff einer »globalen Zivilgesellschaft« wurde von Wissenschaftler_innen insbesondere im Zusammenhang von transnationalen Versammlungen von nicht-staatlichen Akteur_innen und NCOS rund um diverse Konferenzen der Vereinten Nationen eingeführt. »Global« sollte in diesem Zusammenhang eine geografisch diverse und ausbalancierte Vertretung nichtstaatlicher Akteur_innen bedeuten (vgl. Clark/Friedman/Hochstetler 1998: 31).

²⁰ Zu der Beteiligung von Vertreter_innen staatssozialistischer (monopolitischer) Frauenorganisationen an UN-Prozessen und Versammlungen vgl. u. A. Magdalena Grabowska (2018).

²¹ Grabowska plädiert dafür Akteur_innen aus Frauenorganisationen im Staatssozialismus nicht nur als Handlanger_innen der Partei und des staatlichen Machtapparats zu sehen und den Einfluss von »staats-sozialistischen Aktivismus« auf die Frauenbewegung und den Fortschritt in der Entwicklung von Gendergleichheit anzuerkennen (vgl. Grabowska 2017a: 74). Zu politischen Aktivitäten staatsabhängiger Akteurinnen in Polen und dem staatssozialistischen Raum vgl. z. B. Magdalena Grabowska (2017b).

anderen Zusammenhängen sozialer und politischer Ordnung. Laut Raday hatte die Idee der Frauen-Menschenrechte zur Folge, dass sich das Recht auf Gleichheit auf alle Familienmitglieder ausdehnte und damit »die patriarchale Hierarchie in der Familie abgelehnt [wurde]« (Raday 2012a; vgl. auch Rarady 2012b; Diduck/Raday 2012).

Das von Charlotte Bunch geleitete *Center for Women's Global Leadership* (CWGL) der Rutgers University in Camden, New Jersey (USA), war maßgeblich daran beteiligt, den normativen Rahmen der Menschenrechte zu beeinflussen, und schulte in dem Sinne auch Akteurinnen aus der poststaatssozialistischen Region, indem sie diese auf die Advocacy-Arbeit vorbereitete.²² Zu den Stipendiatinnen des CWGL gehörten u.a. Urszula Nowakowska, die Gründerin des Frauenrechtszentrums, und Wanda Nowicka, Direktorin der Föderation für Frauen- und Familienplanung. Nowicka verfasste schließlich im September 1994 auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo ein öffentliches Statement, indem sie die Position des polnischen Papstes zum Thema Schwangerschaftsabbrüche kritisierte. In Polen hatte dies einen großen medialen Aufruhr zur Folge.²³

Es dauerte allerdings bis in das Jahr 1994, bis es zu einer Wende kam. Auf der regionalen Vorbereitungstagung zur 4. Weltfrauenkonferenz, die zwischen dem 12. und dem 15. Oktober 1994 in Wien stattfand, nahmen erstmals staatsunabhängige frauenpolitische Akteur_innen aus Polen und anderen poststaatssozialistischen Staaten Europas in einem größeren Umfang an internationalen Prozessen der UN teil. Circa 1200 bis 1600 Frauen aus der UN-Region ECE reisten an.²⁴ Bereits vor der Konferenz in Wien setzten sich Charlotte Bunch (CWGL), Ann Snitow (NEWW) und Joanna Regulska vom *Local Democracy for Poland Program* an der Rutgers Universität gemeinsam dafür ein, Akteur_innen aus poststaatssozialistischen Ländern auf internationale Prozesse der UN in Wien und später Peking vorzubereiten, damit diese auf ihre jeweiligen nationalen Regierungen Einfluss nehmen können. In einem Projektentwurf für die Soros Stiftung mit dem Titel »*Fostering the Participation of Women from East and Central Europe and the former Soviet Union Beijing, 1995*« schrieben sie Folgendes:

Seit der letzten großen internationalen UN-Frauenkonferenz in Nairobi 1995 haben sich in ganz Ost- und Mitteleuropa und der Sowjetunion Veränderungen von noch nicht fassbarem Ausmaß und Bedeutung vollzogen. Auf dem Treffen

22 Die in den USA lebende Joanna Regulska, ebenfalls Professorin an der Rutgers University, die für diese Arbeit 2010 in New Jersey unter anderem zum Thema des Statement of Non-Region und Fragen der Repräsentation Osteuropas auf der 4. Weltfrauenkonferenz durch mich interviewt wurde, war in die Organisation von Schulungen von Akteur_innen in Polen involviert. Zwischen 1993–1994 war sie Beraterin für polnische Ministerien bezüglich Regionalreformen und war Direktorin des Programms »Support of Local Democracy« an der Rutgers Universität.

23 Vgl. u. A. Interview mit Aleksandra Solik durchgeführt von Verfasserin 2010.

24 Zur Zahl der Teilnehmenden siehe NGO Forum on Women (Vienna NGO Forum 94).

in Nairobi konnte diese Region keine Anzeichen von autonomen Frauenorganisationen vorweisen. Jetzt, nach Jahrzehnten kultureller und politischer Isolation, ist eine ganz neue Konfiguration von Teilnehmerinnen aus den ehemals kommunistischen Ländern möglich. Frauen, die 1985 noch nie ins Ausland gereist sind, können jetzt nicht nur eine Teilnahme, sondern ein wirkliches Engagement bei der Planung von Peking in Erwägung ziehen, und, was noch wichtiger ist als eine einzelne Reise nach China, sie könnten beginnen, die Strukturen internationaler Gesetze und Verbände zu nutzen, um Forderungen an ihre eigenen Regierungen zu strukturieren (Bunch/Snitow/Regulska 1995 – Übers. J.R.).

Dass die Teilnahme von Frauenrechtsakteur_innen aus Ost- und Mitteleuropa und der ehemaligen Sowjetunion auch schon in Wien von der UN vorgesehen war und direkt gefördert wurde, zeigt ebenso das Programm der regionalen UN-Konferenz. Im Programm waren ein spezieller »Osteuropäischer Caucus« sowie ein Workshop zum »Empowerment« von »Frauen« aus der Region vorgesehen (vgl. NGO ECE Working Group on Women 1994). Laut Dokumenten der UN nahmen über ein Dutzend frauenpolitischer Akteur_innen und sogar eine konservative katholische Aktivistin an der regionalen Vorbereitungstagung zur Weltfrauenkonferenz im Oktober in Wien teil.²⁵ Die Gruppe aus Polen war neben Vertreter_innen aus Russland die größte Repräsentation von NGOs aus poststaatssozialistischen und postsowjetischen Staaten Europas, was jedoch zahlenmäßig weiterhin in keinem Verhältnis zu der Anzahl der Teilnehmer_innen aus Ländern des ehemaligen politischen Westens Europas und der USA stand. Trotzdem fand die Problematik des »politischen, ökonomischen Situation des sozialen Status« von Frauen in den ehemals kommunistischen Ländern besondere Aufmerksamkeit, was sich u.a. in den Empfehlungen und dem Aufruf des Frauen-NGO-Forums widerspiegelte, das im Kontext der regionalen ECE-Tagung der UN veröffentlicht wurde (vgl. NGO Forum on Women k.D. – Übers. J.R.).

Akteurinnen, die später das Polnische Komitee der Nichtregierungsorganisationen – Peking 1995' (*Społeczny Komitet na Rzecz Organizacji Pozarządowych Pekin 1995*, kurz SKOP-'95) gründeten, fuhren ebenfalls zur Konferenz in Wien. Vor Ort stellten sie fest, dass die polnische Regierungsrepräsentation weder hinreichend verbreitet

²⁵ Darunter Małgorzata Fuszara (Warschauer Universität), Bożena Chołuj (Föderation für Frauen- und Familien Planung), Ann Maria Knothe (Zentrum für Frauenförderung, oder Centrum Promocji Kobiet, CPK), Ewa Lisowska (Międzynarodowe Forum Kobiet), Elwira Machowska (Neutrum), Ewa Masylik-Musial (Internationales Frauenforum), Urszula Nowakowska (Frauenrechtszentrum), Wanda Nowicka (Föderation für Frauen und Familienplanung), Elzbieta H. Oleksy (Zentrum für Frauenstudien, Universität Lodz), Aleksandra Solik (Neutrum), Elisabeth Wlodyka (Internationales Frauenforum). Von rechts-konservativer katholischer Seite her war nur Maria Wliczek von dem Polnischen Verein Katholischer Frauen (PZKK) unter den Teilnehmenden. Siehe die von den Vereinten Nationen gedruckte Teilnehmendenliste (UN k.D.).

noch in den UN-Tagungsräumen anwesend war. Aleksandra Solik berichtete in einem Interview (zu diesem Zeitpunkt war sie Mitarbeiterin der Karat-Koalition in Warschau) über die Hintergründe der Entstehung von SKOP-'95 und ihre Erfahrungen auf der Konferenz in Wien:

Dort hatten wir die Gelegenheit, den Bericht zu lesen, der von der polnischen Regierung für die Konferenz in Peking vorbereitet wurde, und dieser Bericht wurde in einer sehr unprofessionellen, selektiven, eher ideologischen Art und Weise erstellt. Mit einem Wort, es hat uns völlig unzufrieden und ein wenig wütend gemacht.²⁶

Ähnlich beschreibt dies Bożena Chołuj. Sie meinte, sie hätten sich des Berichts geschämt – und dies habe sie dazu bewegt, einen eigenen Bericht zu schreiben.²⁷ Der Regierungsbericht zur Situation von Frauen in Polen umfasste lediglich 27 Seiten und beinhaltete absurde Behauptungen, wie die, dass die Arbeitslosigkeit von Frauen in Polen aus ihrer »Überaktivität« am Arbeitsmarkt resultiere (vgl. Interview mit B. Chołuj 2009 – Übers. J.R.).

Im Gegensatz zu den Regierungsvertreter_innen hatten sich die aus Polen angereisten feministischen Akteurinnen inhaltlich vorbereitet und konnte diesen Vorsprung nutzen, indem sie – und nicht die abwesenden polnischen Regierungsvertreter_innen – andere Regierungsdelegationen über die Situation von Frauen in Polen aufklärten. Die Möglichkeit eines starken Auftretens von staatlich und parteilich unabhängigen feministischen Akteur_innen war auch der räumlichen Aufteilung innerhalb der Tagungsräume zu verdanken. Chołuj beschrieb in einem Interview, wie sie die räumlichen Dimensionen und Praktiken während der UN-Tagung wahrnahm:

Es gab einen großen runden Saal und in diesem Saal befanden sich die Regierungsorganisationen. Für NGOs gab es keinen Zugang. Die NGOs hingegen befanden auf einem langen Korridor hinter Tischen. So haben wir der ungarischen Regierungsdelegationen unsere Materialien zur Verfügung gestellt, die sich im guten Licht darstellen wollte. Nahe bei den Polen saß die norwegische Delegation, weil die Anordnung dem Alphabet folgte. Die Vertreter der norwegischen Delegation kamen zu uns, um zu fragen, wo denn Polen sei. Wir verteilten daraufhin unsere Materialien und erfuhren, dass die polnische Delegation gar nicht im Saal saß. Sie hatten überhaupt keine Politik. Sie wussten nicht, welche Position sie einnehmen sollten. Vermutlich hatten Sie Angst vor jeder Haltung, jeder Position. Daher bevorzugten sie es in der Stadt zu sein und nicht auf diesem Treffen. Das war

26 Siehe Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 durchgeführt von Verfasserin über Skype (Übers. J.R.).

27 Vgl. Interview Bożena Chołuj v. 2009 durchgeführt von Verfasserin in Warschau (Übers. J.R.).

interessant, zumal die Regierung daraus keine Schlüsse oder Konsequenzen zog. Auf dieser Sitzung stellte Polen eines der Negativbeispiele dar (ebd.).

Auf einem Blatt Papier zeichnete sie während des Gesprächs die Raumaufteilung nach, um zu darzustellen, wie die Advocacy-Arbeit der NGOs und anwesenden Frauenrechtsakteurinnen verlief. Rund um den Saal, in dem die Regierungen tagten, verlief ein Korridor, sodass die Delegationen, wenn sie den Saal verließen und den Korridor betraten, an den Tischen der NGOs vorbeilaufen mussten. Dieser gemeinsame Korridor ermöglichte es sowohl den Advocacy-Akteur_innen sowie den verschiedenen Regierungsdelegationen, sich gegenseitig direkt anzusprechen und zu informieren.

Frauenrechtsakteurinnen aus Polen meinten nach Ablauf der Konferenz, die Erfahrungen in Wien hätten sie stärker gemacht und eine »konsolidierende Wirkung« gehabt (ebd.). Laut Choluj entschlüsselt sich die Bedeutung der Ereignisse in Wien nicht dadurch, dass sie als Akteurinnen eine Strategie gegen die Regierung verfolgt hätten, sondern dadurch, dass sie in der Lage gewesen wären, »eine Lücke zu füllen, um etwas im Land zu verändern« (ebd.). Es war in ihren Wörtern »nicht eine Positionierung gegenüber einen Feind, sondern gegenüber einer Lücke« (ebd.). Die Erfahrung der erfolgreichen Advocacyarbeit und des gleichzeitig unzureichenden Regierungsberichts bewegte die Gruppe nach der Rückkehr nach Polen, Vertreter_innen unterschiedlichen Frauenrechts-NGOs mit diversen Themenschwerpunkten zusammenzubringen, um gemeinsam einen Bericht zu verfassen.

Am 15. November 1995 ließ sich das Polnische Komitee der Nichtregierungsorganisationen – SKOP-'95 offiziell als Verein registrieren. Die Koordination übernahmen Aleksandra Solik und Kinga Lohmann.²⁸ Zusammen mit Vertreterinnen anderer Organisationen schrieben sie einen Schattenbericht, in dem auch bisher wenig bekannte Themen, wie die Situation von lesbischen Frauen in Polen, aufgearbeitet wurden.

Katholische Anti-Choice-Akteur_innen hingegen hatten die Bedeutung des Frauen Welt Forums der UN anfangs unterschätzt und entschlossen sich aus dem Grund erst sehr spät zur Teilnahme an der UN-Tagung, wie Gesine Fuchs in ihrer

²⁸ Zu den beteiligten Organisationen gehörten: die Stiftungen Frauenzentrum (Centrum Praw Kobiet), die Föderation für Frauen und Familienplanung (Federacja na rzecz Praw Kobiet i Planowania Rodziny), die Stefan Batory Stiftung (Fundacja im. Stefana Batorego), die Föderation der Klubs von berufstätigen Frauen (Federacja Klubów Kobiet Aktywnych Zawodowo), das Internationale Frauenforum (Międzynarodowe Forum Kobiet), »Neutrum«, der Polnische Feministische Verein (Polskie Stowarzyszenie Feministyczne), »ProFemina«, Verein Christlicher Mädchen und Frauen – Polen YWCA (Stowarzyszenie Dziewcząt i Kobiet Chrześcijańskich, YWKA). Siehe Flyer.

politologischen Untersuchung zu Frauenorganisationen im polnischen Demokratisierungsprozess feststellt (vgl. Fuchs 2003: 127). In einem für diese Arbeit durchgeführten Interview berichtete Solik, die 1995 Koordinatorin von SKOP-'95 war, katholische Akteur_innen hätten sich im Vorfeld der Weltfrauenkonferenz beklagt, sie seien nicht in SKOP-'95 aufgenommen worden.²⁹ Aktiv seien sie, so meinte Solik, erst dann geworden, nachdem SKOP-'95 sich schon als Gruppe zusammengefunden, einen Schatten-Bericht geschrieben und Sommer 1995 vor Peking eine Konferenz organisierte hatte, zu denen auch einige der katholischen Anti-Choice-Akteur_innen erschienen waren:

[...] sie haben sehr viel Lärm gemacht, dass sie diskriminiert wurden, dass wir sie nicht nach Peking mitgenommen haben, dass sie nicht von uns delegiert wurden. Wenn ich jetzt, aus der Perspektive dieser 15 Jahre, darauf zurückblicke, muss ich darüber lachen, dass ich mir deshalb Sorgen gemacht habe. Man hätte nein sagen sollen [...]. Bemüht euch um eure eigenen Gelder und fahrt allein. Insbesondere, weil ihr die Rechte von Frauen hinterfragt. Am Ende fuhren einige von ihnen. Eine zusammen mit der Vatikanischen-Delegation und andere mit irgendeiner anderen Delegation (Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 – Übers. J.R.).

Mit ihrer Advocacy erzielten die geschlechterdemokratischen Akteur_innen schnell erste Erfolge. Die polnische Regierung entschied sich schließlich, ihren eigens verfassten Bericht grundlegend zu überarbeiten. Im November 1994 initiierte die Parlamentarische Frauengruppe (*Parlamentarna Grupa Kobiet*) zusätzlich ein offizielles Vorbereitungskomitee zur 4. Weltfrauenkonferenz. Sie luden auch Vertreter_innen von NGOs, darunter feministischer Organisationen, zur Teilnahme an dem Komitee ein. Außerdem gelang es ihnen, das Amt der Regierungsbeauftragte für die Familie und Frauen wieder zu übernehmen, das daraufhin ab Mai 1995 von Jolanta Banach (SLD) geleitet wurde (vgl. Fuchs 2003: 124). Neben geschlechterdemokratischen Akteur_innen wurden auch rechtskonservative katholische Anti-Choice-Akteur_innen in offizielle Beratungsgremien eingeladen. Die Kooperation im polnischen Vorbereitungskomitee zur 4. Weltfrauenkonferenz hielt jedoch nicht lange an (vgl. Fuchs 2003: 125). In einem Brief an die Regierungsbeauftragte Banach erklärte die Polnische Föderation für die Verteidigung des Lebens am 23. Juni 1995, dass ihre Vertreterin Ewa Kowalewska nicht mehr an den Arbeiten der Kommission teilnehmen werde.³⁰ Als Begründung für den Austritt gab die Föderation an, ihr Widerspruch

29 Vgl. Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 durchgeführt von Verfasserin auf Polnisch und über Skype (Übers. J.R.).

30 Laut Angaben auf dem Brief, der als Fax aus Warschau gesendet wurde, waren zu dem Zeitpunkt in der *Polska Federacja ruchów Obrony Życia* Paweł Wociski Vorsitzender, Anna Cydejko und Antoni Ziembra Vizevorsitzende, Bo... (unleserlicher Vorname) Adamczak Sekretärin und weitere Mitglieder: Tomasz Kluwak, Ewa Kowalewska, Jacek Grzystek? (unleserlicher Nach-

hinsichtlich Liberalisierung des geltenden Abtreibungsgesetzes und der »sicheren Durchführung von Abtreibungen in Krankenhäusern« werde nicht berücksichtigt. Darüber hinaus würden sie nicht mit der Forderung nach Einführung von Sexualaufklärung in Schulen und der steuerlichen Finanzierung von Verhütungsmitteln übereinstimmen. Der Bericht hätte eine Reihe von Thesen aufgestellt, »die die Frau gegen den Rest der Gesellschaft antagonisiert«, was im Widerspruch »zu unserer, polnischen Tradition, Kultur und Religion« stehe, so die Föderation.

Bis Juli 1995 traten weitere katholische und rechtskonservative Organisationen aus der Arbeitsgruppe für den Regierungsbericht aus, darunter die Unterkommision des Episkopats für Frauenseelsorge, die Polnische Föderation für die Verteidigung des Lebens (*Polska Federacja Ruchów Obrony Życia*, PFROŻ) und der Polnische Verband katholischer Frauen (*Polski Związek Kobiet Katolickich*, PZKKK). Laut Gesine Fuchs hatten das Polnische Episkopat, Anti-Choice-Organisationen und katholische Medien im Rahmen einer Gegenoffensive Stimmung gegen den Regierungsbericht gemacht (vgl. Fuchs 2003: 127). Obwohl den rechtskonservativen Akteur_innen des Forums Katholischer Frauen der Regierungsbericht bekannt war, hätten Vertreter_innen dieser Organisation die falsche Information verbreitet, die Regierung würde die Abtreibung auf Wunsch, kostenlose Verhütungsmittel, Schnellscheidungen für Ehen, Einführung von Sexualkundeunterricht in der Schule und die Streichung von traditionellen Rollen bzw. Aufgaben der Mutter in Schulbüchern befürworten (vgl. Fuchs 2003: 27).

Während SKOP-'95 eine Unterstützung seitens der UN erhielt, konnten rechtskonservative und katholische Akteur_innen auf andere Ressourcen zurückgreifen. Es unterstützte u.a. das polnische Episkopat die Akteur_innen der Föderation PFROŻ und des Katholischen Frauenforums (*Forum Kobiet Katolickich*), indem es Räumlichkeiten für eine offizielle Pressekonferenz zur Verfügung stellte (vgl. *Gazeta Wyborcza* 1995). Auch hatten sich rechtskonservative Akteur_innen entschieden, einen eigenen Bericht zu schreiben, so dass es am Ende gleich drei Berichte für die Weltfrauenkonferenz in Peking gab: einen offiziellen Bericht der Regierung, den Bericht von SKOP-'95 und den Bericht sogenannter Polnischer Familienorganisationen.

name), Antoni Szymanski, Anna Tylik-Szymanska (unleserlicher Nachname), Teresa Wiszawa. Der Brief befindet sich im Archiv der Karat-Koalition und als Kopie im privaten Archiv der Autorin.

Der Beijing-Express (1995) als Raum der Gleichheit und des Werdens

Der Gruppe SKOP-'95 gelang es in kürzester Zeit, finanzielle Mittel zu gewinnen, um eine relativ große Gruppe von 27 Personen nach Peking zu delegieren.³¹ Die Fahrt nach China wurde jedoch aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Land kontrovers diskutiert.³² Vier Vertreterinnen der Initiative nahmen dank der finanziellen Förderung des UNDP die Route mit dem Zug, dem Beijing-Express.³³ Unter den Zugreisenden befanden sich die spätere Mitbegründerin der *Karat Koalition*, Kinga Lohmann, sowie Teresa Oleszczuk, Mitbegründerin der Organisation *La Strada* und zu dem Zeitpunkt Mitglied der Polnischen Feministischen Vereinigung und des *PSF Frauenzentrums*.³⁴

Vorgesehen war, dass jeweils 4 Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen und zwei staatliche Vertreter_innen für jedes beteiligte Land als Zugreisende anwesend waren. Darüber hinaus fuhren die Zugbesatzung, Angestellte der UN und eine Gruppe von Workshopleiterinnen mit, die hauptsächlich aus dem ehemals politischen Westen Europas und den USA kamen und die Frauenrechtsaktivist_innen auf die Tagung in China vorbereiten sollten. Laut Presseberichten befanden sich auch zwei Delegierte der polnischen Regierung und eine Vertreterin des polnischen Büros der UNDP, d.h. des Entwicklungsprogramms der UN, unter den Fahrgästen (vgl. *Rzeczpospolita* 1995b). Die zwei Regierungsvertreterinnen arbeiteten für die Frauenbeauftragte Banach. Darüber hinaus kam eine offizielle polnische Regierungsdelegation mit dem Flugzeug nach Peking.

Der Zug fuhr am 20. August in Warschau ab. Die Frauenrechtsakteurinnen der verschiedenen Länder waren zuvor in die polnische Hauptstadt gereist und hatten sich bereits vor ihrer Abreise auf einer Tagung zusammengesetzt.³⁵ Der Zug und die Reise selbst stellen aus sinnlich-räumlicher Perspektive ein interessantes Ereignis dar, da gewöhnliche Aufteilungen von Raum, Zeit und Zugehörigkeit im Beijing-

31 Die Mittel wurden unter anderem von der Ford Stiftung und UNDP zur Verfügung gestellt. Aleksandra Solik spricht von 20 Personen. Siehe Interview mit Aleksandra Solik v. 2020 durchgeführt von Verfasserin. Zu Angabe der Anzahl der Personen der Gruppe SKOP-'95', die an der Versammlung in China teilnahmen eine Broschüre unter dem Titel »Same o Sobie«, die von SKOP selbst veröffentlicht wurde (Karnaszewska/Lohmann/Małachowska/Stąpór 1997: 2).

32 Vgl. Interview mit Bożena Chołuj v. 2009 durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

33 Vgl. die Interviews mit Aleksandra Solik, Teresa Oleszczuk (Notizen) und Kinga Lohmann durchgeführt von Verfasserin.

34 Die anderen zwei Teilnehmerinnen von SKOP-95 waren Małgorzata Wojowska (Verein »Neutrume«) und Małgorzata Księżopolska (»Pro Femina« Verein, oder Fundacja »Pro Femina«). Von polnischer Seite waren dort außerdem Romulada Gorska, Jolanta Łozińska und Janusz Czamarski (UNDP Polen), Die Liste der Teilnehmerinnen aus den jeweiligen Ländern wurde der Publikation UNDP: The UNDP Beijing Express« und dort in einer Broschüre unter dem Titel »Directory« (S. 8–9) zugefügt (vgl. UNDP/RBEC 1996).

35 Vgl. Interview Kinga Lohmann v. 2021, durchgeführt von Verfasserin über Skype.

Express aufgehoben waren. Letzterer bestand aus einer Reihe von Waggons in der Länge von insgesamt einem halben Kilometer und fuhr auf einer der längsten Eisenbahnstrecken der Welt (Abdela 2020). Auch im Hinblick auf die freundschaftliche Zusammenarbeit von Staaten erwies sich dieses Unterfangen als ungewöhnlich. Die UNDP unterstützte die Zugfahrt finanziell, während die Russische Föderation acht bewaffnete Zugbegleiter stellte, die die Sicherheit der Reisenden gewähren sollten (ebd.).

Acht Tage lang wohnten, aßen, feierten und debattierten über 200 Reisende aus circa 37 Ländern gemeinsam.³⁶ Die meisten Reisenden wären sich unter anderen Umständen wohl niemals begegnet. Der Beijing-Express überquerte etliche Grenzen und durchquerte Staaten, während die Reisenden sich in der 1000 Meter langen Reihe der Waggons kreuz und quer hin und her bewegen, um an verschiedenen Aktivitäten und Workshops teilzunehmen, Erfahrungen auszutauschen und sich zu vernetzen.

Lesley Abdela, die als Workshopleiterin Teil der Delegation aus Großbritannien war, nannte den Zug, der eine »Richtungswechsel« in ihrem Leben darstellte, rückblickend einen »Mikrokosmos«, da sich Gruppen in einem Raum und auf einer Reise zusammenfanden, die sonst kaum miteinander in Kontakt getreten wären, weil sie bspw. in miteinander verfeindeten Staaten lebten (Abdela 2020). Ein Großteil der Frauen sei aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Satellitenstaaten gekommen – und es sei für viele das erste Mal gewesen, als Repräsentantin ihrer »neuen unabhängigen Nationen« aufzutreten (ebd.). Die Reise weckte Erinnerungen und führte zu einem Austausch von (kollektiven) Biografien und Erfahrungen. So war es bspw. bei der Durchreise durch Sibirien, wohin einige Reisenden zu Zeiten der Sowjetunion in Zwangslager verschleppt worden waren oder Familienmitglieder verloren hatten. Für diese Arbeit interviewte Akteurinnen aus Polen hatten vor der Reise vor allem Beziehungen in die USA und die EU gehabt. Sie sammelten nun erste Erfahrungen im Kontakt mit Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Reise durch postsowjetische Staaten erlebten und beschrieben sie dabei als ungewöhnlich und als Entdeckung einer für sie persönlich bis dato neue und unbekannte Welt.

36 Es gibt unterschiedliche Angaben zu den Zahlen. In diversen Presseberichten polnischer Tageszeitungen wird über 31 Länder berichtet (Vgl. Pressesammlung zu SKOP-'95 im Archiv der Karat Koalition). Die UNDP listet in einer Publikation über den Beijing-Express namentlich Akteurinnen aus Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bulgarien, Kroatien, Cyprus, Ungarn, Kasachstan, Lettland, Litauen, Makedonien, Moldawien, Mozambik, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Sudan, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan. Hinzu kam noch das Organisationsteam und die Trainer_innen aus den USA (überwiegend), Rumänien, Japan, Canada, Aserbaidschan, Israel, Dänemark, Schweiz, Bolivien, Polen, Türkei, Malawi, Frankreich, Deutschland, Russland sowie weiteres Personal, bei dem der Wohnsitz nicht genannt wurde, vermutlich viele (anderen Berichten jedoch zufolge Z. B. das Wachschutzpersonal) aus Russland kamen (vgl. UNDP/RBEC 1996).

Neben der Aufteilung von Räumen ist eine von Rancière benannte Dimension der Aufteilung des Sinnlichen die Aufteilung von Zeiten. Durch die Aufteilung von Zeitzonen, die wiederum an Staatsgebiete gebunden sind, erfolgt eine Verräumlichung von Zeit, die ähnlich wie von Caroline Levine am Beispiel von historischen Perioden beschrieben, als *Ganzheiten* und eine Art Raum-Zeit-Container fungieren (Levine 2017: 50–52). In ihrer Analyse zu rhythmischen Formen veranschaulicht Levine, wie temporale Muster soziale Erfahrungen organisieren und, insbesondere wenn an Institutionen gebunden, auch persuasives Instrument der Macht darstellen können, wenn sie Körpern eine zeitliche Ordnung auferlegen (Levine 2017: 64). Laut Levine überleben Institutionen durch Wiederholung, die Zitation von Normen und Performances. Insofern haben Institutionen jeweils ihre eigene spezifische Zeit, die mit anderen zeitlichen Mustern von Rhythmus und Dauer überlappen, konkurrieren oder sogar kollidieren (Levine 2017: 62–63).

Der Beijing-Express veranschaulicht beispielhaft sowohl die Verschränkungen als auch die Kollisionen von institutionalisierten Räumen und Zeiten sowie (z.B. nationale und andere) Zugehörigkeiten, die während der Zugreise u.a. durch unterschiedliche Normen, Performances, Rituale oder Performativität zum Ausdruck kamen. In ihren Berichten reflektierten die Zugreisenden ihre Schwierigkeiten, sich mit der jeweils geltenden Aufteilung von Zeiten, Räumen und Praktiken zu synchronisieren. Statt sich auf eine gemeinsame Zeit zu einigen, wurden die Tagesabläufe im Zug den lokalen Zeitzonen angepasst. Abdela beschrieb das dadurch verursachte Durcheinander:

Life aboard was exhilarating but tiring. We travelled from Warsaw via Belarus, Russia, Siberia, Mongolia and Northern China, to Beijing. We passed through seven time zones in eight days. The most oft-repeated questions each day was ›what time is it?‹ Moving our clocks back one hour or two hours each night, being awoken in the extreme early hours for customs at borders or to sing and dance on railway platforms with reception committees of women and dignitaries along the way and getting up early to catch breakfast before my first training shift meant I never got enough sleep (Lesley 2020).

Während der Zugreise fanden Workshops statt, auf denen sich die im Zug reisenden Frauen auf die Tagung und Advocacy-Arbeit vorbereiteten.³⁷ Ein Teil der Wagen war nur für Workshopzwecke vorgesehen. Das *Network of East West Women* (NEWW), vertreten durch Victoria Vrana, war für die Onlinekommunikation zuständig. Es beteiligte sich an der Organisation von Workshops und schulte die Zugreisenden in der Computernutzung und der E-Mail-Kommunikation über Satelliten. NEWW

³⁷ Auch Englisch Sprachkurse und Kurse zur Internetnutzung angeboten, da zu dem Zeitpunkt nur wenige über diese Kenntnisse verfügten (vgl. UNDP/RBEC 1996).

verband mit der sich zu diesem Zeitpunkt verbreitenden Struktur des World Wide Web und der Internetnutzung große Hoffnungen und sah es als ein Mittel zur Verwirklichung der Idee einer transnationalen feministischen Bewegung. In einer Selbstbeschreibung bezeichnete sich das *Network of East-West Women* in dieser Zeit als »vitales Kommunikationsnetzwerk«, das mehr als 800 Frauenrechtsakteur_innen aus mehr als 30 Ländern miteinander »verlinkte« (Network of East-West Women k. A.). Vrana versandte regelmäßig E-Mail-Nachrichten aus dem Zug, wofür sie einen Satelliten der Klasse A benutzte, der von der Firma *Comsat* gesponsert wurde (ebd.). Aus den Nachrichten, die sie versandte, lässt sich sowohl die Begeisterung als auch das Durcheinander herauslesen, das mit so der grenzüberschreitenden Reise verbunden war. Immer wieder mussten die Mitfahrenden Visen beantragen oder auch die Züge wechseln:

Dear Everyone, This is the first e-mail message from the Beijing Express! We are sending this message from Minsk, the capital of Belarus. Today we stopped in Brest, Belarus where we switched from our temporary, Polish train into the Russian train that will be our home for the next six and a half days. So far, everything is going quite well. Everyone has their Russian visas, and we are still trying to get some Chinese visas. We were welcomed in Brest by a 20-piece band, the prime minister and the mayor of Brest. We were entertained by a wonderful, traditional Belarussian band and dancers (Network of East-West Women k. A.).

Die Reisenden erhielten an den Bahnhöfen festlich Empfange und Gaben und an einigen Orten stiegen noch Menschen zu, wie Vrana in ihrer zweiten E-Mail am 25. August, 20:00 Uhr »Zugzeit« berichtete:

Hello from the Beijing Express! We have crossed Eastern Siberia and are now in Taiga. We are 199 strong, 19 cars. Training classes have started. We have been welcomed in every city, including receiving a suckling pig! Tomorrow morning we will begin traveling along Lake Baikal. Everything is going very well here. We are picking up more people in Mongolia. On Sunday, in the middle of the night, we will switch to the Chinese train. There are all kinds of training classes going on. Tonight is Cyprus night. Last night was Ukraine night. There are so many women talking, and so many things going on. It is really wonderful! (ebd.)

Die Aktivistinnen der Gruppe SKOP-'95 verfolgten im Zug das Ziel, so viele Kontakte wie möglich zu knüpfen. Sie hatten sich für diesen Zweck nach Sprachkenntnissen aufgeteilt. Teresa Oleszczuk, die als einzige über gute Russischkenntnisse verfügte, war damit beauftragt, sich mit frauenpolitischen Akteur_innen des ehemaligen politischen Osteuropas und der Sowjetunion zu vernetzen. Der Gedanke war, vielleicht in Zukunft ein gemeinsames Forum der Zusammenarbeit zu schaffen, eine Idee, die seit der Vorbereitungskonferenz in Wien langsam gediehen war. Die Koordinato-

rin von SKOP-'1995, Kinga Lohmann, erklärte in einem Interview für die Tageszeitung *Rzeczpospolita*, die direkt aus Peking berichtete, dass es ihnen gelang, während der Zugreise eine »Einigung« über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns von »Frauen-Nichtregierungsorganisationen in postkommunistischen Ländern« zu erlangen (vgl. Darewicz/Rzeczypospolita 1995 – Übers. J.R.). Dem Journalisten gegenüber sagte sie zudem Folgendes:

Auf anderen Kontinenten haben sich Frauen zu Interessengruppen zusammengeschlossen und stehen zusammen, während Europa noch zersplittert ist. Wir haben versucht, unsere gemeinsamen Forderungen zu formulieren, die uns am charakteristischsten für Mittel- und Osteuropa erscheinen (ebd.).

Nach 8 Tagen, am 28. August, erreichte der Beijing-Express der UNDP schließlich die Hauptstadt Chinas. Angekommen am Bahnhof wurden die Frauenrechtsakteur_innen in Busse geladen und in den Pekinger Bezirk Huairou gefahren, der eine Stunde Fahrt vom offiziellen UN-Tagungsort entfernt lag, wo sie für den Zeitraum der Tagung in streng bewachten Häuserkomplexen ohne Kontakt zur Lokalbevölkerung wohnten. Für einige der im Zug gereisten Akteur_innen war die temporäre Gemeinschaft, die im Zug durch die gemeinsame Reise und Austausch entstanden war, sinnstiftend. In China angekommen erwarten sie, dass diese Gemeinschaft und die dort geführten Diskussionen auch auf der Tagung selbst eine Fortsetzung finden.

Zugehörigkeitsordnungen der UN und die Repräsentation »polnischer Frauen« auf der 4. Weltfrauenkonferenz in China 1995

Die 4. Weltfrauenkonferenz der UN fand vom 4. bis zum 15. September 1995 in Peking, der Hauptstadt der kommunistischen Republik Chinas, statt. Die aus Polen nach China angereisten feministischen Akteurinnen waren unter anderen aus der Initiative SKOP-'95. Schon im Vorfeld lösten die Vorbereitungen zur 4. Weltfrauenkonferenz und die geplante Teilnahme von geschlechterdemokratischen Akteurinnen aus Polen eine breite mediale Debatte bezüglich der Situation und legitimen nationalen Repräsentation der »polnischen Frau« aus. Auch die Zusammensetzungen der Gruppen, die die jeweiligen Berichte verfasst hatten, sowie die Frage, wie viele Menschen sie jeweils vertreten würde, wurden immer wieder als Argument angeführt, um Opponent_innen zu diskreditieren.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Rzeczpospolita* äußerte sich Ewa Kowalewska von der Polnischen Föderation der Bewegung für die Verteidigung des Lebens im Jahr 1995 zu einer Tagung von SKOP-'95, auf der u.a. der Bericht der Föderation diskutiert wurde: »Der Name Polnische Vorbereitungskonferenz legt nahe, dass

die Teilnehmer die gesamte Gesellschaft repräsentieren« (Rzeczpospolita 1995a: 32 – Übers. J.R.). Um ihren eigenen Repräsentationsanspruch zu festigen, verglich sie die Anzahl der 60 Teilnehmenden der Tagung, von denen sie nur Organisationen nannte, die mit Staats-sozialismus in Verbindung gebracht werden – die Demokratische Frauenunion (*Demokratyczna Unia Kobiet*), die Liga der Frauen (*Liga Kobiet*) – und Organisationen, die sie als vermeintliche Anhängselorganisationen der ehemaligen kommunistischen Staatspartei (»*przybudówki SdRP*«³⁸) beschrieb, mit einer religiösen Versammlung, die vermeintlich »tausende Frauen« zusammengebracht und in der gleichen Zeit in der Partnerstadt in Jasna Góra stattgefunden hatte (ebd.).

Ähnlich wie in dieser Aussage waren nicht nur in den medialen Debatten, sondern auch in den von der Autorin geführten Interviews ein häufig wiederholtes Argument für die Legitimität eine Repräsentation die Anzahl der Teilnehmer_innen sowie die Frage, ob die Organisation eine unabhängige Basis- bzw. Graswurzelorganisation darstelle oder »von außen« inspiriert sei oder sogar ihren Ursprung im staatssozialistischen Regime habe. Die Akteurinnen von SKOP-'95 unterstreichen immer wieder in den Interviews, dass diese Initiative anders als viele andere Dachorganisationen nicht von Sponsoren inspiriert wurde, sondern als Ergebnis einer lokalen Grassroots-Mobilisierung entstand. Aus Sicht der interviewten geschlechterdemokratischen Akteurinnen stellten die Erstellung des Schattenberichts und die Initiativen von SKOP-'95 eine der wenigen Beispiele einer gelungenen organisationsübergreifenden und breiten Zusammenarbeit von frauenpolitischen NGOs, deren Beziehungen sonst konfliktbeladen waren und es zum Teil heute noch sind.

Die feministischen Akteurinnen, die sich im Rahmen von SKOP-'95 organisiert hatten, um Frauenrechte in Polen zu stärken und Forderungen an die polnische Regierung zu stellen, fanden für ihre politischen Kämpfe auf den Foren der UN ein neues Betätigungsfeld. So entstanden auf der 4. Weltfrauenkonferenz die Beziehungen von Staaten und der von der UN geförderten Zivilgesellschaft (in diesem Fall Frauenrechtsakteurinnen) neu. Die Internationale Zusammenarbeit sowohl mit der UN als auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen stärkte die Bedeutung der geschlechterdemokratischen Akteur_innen inklusive der von ihnen vertretenen Positionen im eigenen Land. Dies bemerkte auch die Mitbegründerin der Initiative SKOP-'95, Aleksandra Solik:

Die Teilnahme an dieser Konferenz, im Allgemeinen, eine solche internationale Zusammenarbeit gab uns große Glaubwürdigkeit, hat unsere Position angeho-

38 Der Begriff »*przybudówka*« (auf Deutsch Anhängsel) suggeriert, dass es sich um keine eigenständigen Organisationen handeln würde. Die Abkürzung SdRP steht für die Partei Sozialdemokratie der Republik Polen (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej*). Die Partei wurde von ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Staatspartei, also der Polnischen Vereinigte Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR*) gegründet.

ben. Und es hat uns zu einem stärkeren Partner in Gesprächen mit den Behörden gemacht, ja.³⁹

In Presseberichten, die im Rahmen der vorgelegten Arbeit gesichtet wurden, bestätigt sich diese Beobachtung größtenteils. Über die Teilnahme so einer großen Delegation von Frauen aus Polen berichteten die polnischen Medien zumindest in der Zeit, als die UN-Tagung stattfand, nicht ohne Stolz. An den Inhalten der Berichterstattungen lässt sich darüber hinaus ablesen, dass die Position geschlechterdemokratischer und feministischer Akteur_innen erstarkte, sie an Glaubwürdigkeit gewonnen hatten und zunehmend die Setzung des diskursiven Rahmens beeinflussten.

Die Analyse von Presseberichten zeigt zudem eine Verschiebung hinsichtlich dessen, was bzw. wen die Medien als Repräsentation »polnischer Frauen« betrachteten. Die analysierten Presseberichte stammen aus gedruckten Tages- und Wochenzeitungen, die in der Zeit von 4. April 1994 bis zum 7./8. März 1998 erschienen und in denen über die Vorbereitung zur Weltfrauenkonferenz, die SKOP-'95 Initiative, die Weltfrauenkonferenz und die damit zusammenhängenden Themenfelder berichtet wurde.⁴⁰

Es zeigen sich jedoch signifikante Unterschiede bei der Benennung von Organisationen, mit denen die Printpresse die geschlechterdemokratischen und katholischen Positionen in Zusammenhang brachte. Bei einer ersten Gruppe der geschlechterdemokratischen Akteur_innen, zu der auch die Initiative SKOP-'95 zählte, nannten die Journalist_innen primär den/die Eigenname/n der jeweiligen Organisation/en. Weitere häufig auftretende Bezeichnungen waren (aufgezählt in der folgenden Reihenfolge entsprechend der Häufigkeit):

»Organizacje pozarządowe« (Nichtregierungsorganisationen); »organizacje kobiece« (Frauenorganisationen); »kobiece organizacje pozarządowe« (weibliche Nichtregierungsorganisation); spezifischere Beschreibungen, wie »feministki« (Feministinnen)

39 Siehe Interview Aleksandra Solik v. 2010 durchgeführt von Verfasserin (Übers. J.R.).

40 Die Zusammenstellung von Presseberichten befindet sich im Archiv der Karat-Koalition unter dem Titel »Społeczny Komitet Organizacji Pozarządowych Pekin 1995. Wycinki prasowe« und umfasst Fotokopien von 59 Zeitungsartikeln von Tages- und Wochenzeitungen im Zeitraum zwischen April 1995 und März 1998. Dazu gehören u.a. *Dziennik Łódzki*, *Dziennik Pojezierza*, *Dziennik Polski*, *Dziennik Zachodni*, *Express Poznański*, *Express Wieczorny*, *Gazeta Wyborcza*, *Czas Krakowski*, *Gazeta Robotnicza*, *Gazeta Toruńska*, *Gazeta Olsztyńska*, *Gazeta Pomorza i Kujaw*, *Gazeta Krakowska*, *Gazeta Kielecka*, *Głos Szczeciński*, *Głos Wybrzeża*, *Głos Wielkopolski*, *Gość Niedzienny*, *Ilustrowany Kurier Polski*, *Kurier Podlaski*, *Kurier Poranny*, *Nowiny*, *Polityka*, *Rzeczpospolita*, *Wiadomości Kulturalne*, *Sztandar Młodych*, *Super Express*, *Słowo*, *Słowo Polskie*, *Trybuna*, *Wprost*, *Życie Gospodarcze*, *Życie Warszawy*, das englischsprachige *Voice of Warsaw*, sowie 3 Berichte aus dem geschlechter-demokratischen Bulletin Ośka und 3 Berichte und in dem *Informator o Organizacjach i Inicjatywach Kobiecych w Polsce*.

nen); »emancypantki«⁴¹ »polskie organizacje pozarządowe« (Polnische Nichtregierungsorganisationen); »polskie organizacje kobiece« (Polnische Frauenorganisationen); »polki« (Polinnen); »kobiety« (Frauen).⁴²

Eine zweite Gruppe konservativer und katholischer Akteur_innen bestand in erster Linie aus Vertreter_innen des Forums Katholischer Frauen (*Forum Kobiet Katolickich*) und der Polnischen Föderation der Bewegung für die Verteidigung des Lebens (*Polska Federacja Ruchów Obrony Życia*). Von der Presse wurden sie primär als »Katoliczki« (Katholikinnen) bezeichnet – und in weiterer Reihenfolge als Eigenname/n der Organisation/en, »organizacje katolickie« (katholische Organisationen), »kobiety katolickie« (katholische Frauen), »ruchy katolickie« (katholische Bewegungen), »działaczki katolickie« (katholische Aktivist_innen), »tradycjonalistki« (Traditionalistinnen), »kobiety« (Frauen), »polki« (Polinnen). Vereinzelt tauchte hier auch das abwertende »baby« (Weiber) auf.

Es gelang den rechtskonservativen Akteur_innen folglich nicht, die von ihnen beanspruchte universalistische Repräsentation der polnischen Frau oder der authentischen polnischen Bevölkerung einzunehmen. Vertreterinnen von SKOP'95 hingegen schafften es meist, gegenüber der Presse ihre Position als Stimme (polnischer) Frauen aus der Zivilgesellschaft glaubhaft zu machen. Die Presseberichte zwischen 1995 bis 1995 verdeutlichen nicht nur eine Verschiebung der Repräsentation von »Frauen« und »polnischen Bürgerinnen«. Die Frage war, über wen, aber auch, wie und über welche Themen die Printmedien berichteten.⁴³

Der Initiative SKOP'95 gelang es, viele Themen zu besetzen und eine tiefergehende Debatte über geschlechterspezifische Diskriminierung und die sozialpolitische Situation von Frauen zu initiieren. Sławomira Walczewska, eine der Mitbegründerinnen der Frauenorganisation eFKA in Krakau, formulierte es so, dass die

41 Emancypantki, leitet sich von Emanzipation ab. Der Begriff wurde unter anderem durch den polnischen Autor Bolesław Prus in seinem literarischen Werk »Emancypantki« in Bezug auf Frauen benutzt, die Ende des im 19. Jahrhundert eine Emanzipation anstrebten.

42 Die Aufzählung erfolgt auf Basis der Sichtung, der ebd. in Fußnote 100 genannten 59 Berichtserstattungen.

43 Es handelt sich um die bereits erwähnte Zusammenstellung von 59 Presseberichten befindet sich im Archiv der Karat-Koalition und umfasst Kopien von Zeitungsartikeln von Tages- und Wochenzeitungen (darunter die *Gazeta Wyborcza* inklusive ihrer Regional-Ausgaben, sowie *Czas Krakowski*, *Gazeta Robotnicza*, *Gazeta Toruńska*, *Gazeta Olsztyńska*, *Gazeta Pomorza i Kujaw*, *Gazeta Krakowska*, *Gazeta Kielecka*, *Głos Wybrzeża*, *Głos Szczeciński*, *Głos Wielkopolski*, *Nowiny*, *Wiadomości Kulturalne*, *Trybuna*, *Sztandar Młodych*, *Kurier Podlaski*, *Rzecyzpospolita*, *Express wieczorny*, *Super Express*, *Slowo*, *Slowo Polskie*, *Express Poznański*, *Dziennik Pojezierza*, *Życie Warszawy*, *Życie Gospodarcze*, *Polityka*, *Ilustrowany Kurier Polski*, *Kurier? ... Poranny*, *Wprost*, *Dziennik Łódzki*, *Dziennik Zachodni*, *Dziennik Polski*, *Gość Niedzielny*, *Nowa Europa*, das englischsprachige *Voice of Warsaw* plus 3 Berichte aus dem feministischen Bulletin *Ośka* und 3 Berichte im *Informator o Organizacjach i Inicjatywach Kobiecych w Polsce*. Sie umfassen den Zeitraum zwischen April 1995 und März 1998. Ausländische Berichte wurden von u.a. *World Women* erfasst.

UN »neue Räume« eröffnet hätten.⁴⁴ Die polnischen Medien hätten die »die Front« gewechselt, denn Feministinnen, und dazu gehörte auch Walczewska selbst, wurden plötzlich nicht mehr als »verrückt« behandelt: »Feminismus hörte auf als eine Karikatur zu funktionieren, über die man sich lustig machte«.⁴⁵

Die feministischen Akteur_innen, die sich im Rahmen von SKOP-'95 organisiert hatten, um Frauenrechte in Polen zu stärken und Forderungen an die polnische Regierung zu stellen, fanden für ihre politischen Kämpfe auf den Foren der UN ein neues Betätigungsfeld. So entstanden auf der 4. Weltfrauenkonferenz die Beziehungen von Staaten und der von der UN geförderten sogenannten Zivilgesellschaft (in diesem Fall Frauenrechtsakteur_innen) neu. Die veränderte Subjektposition in den sinnlich-räumlichen Ordnungen der UN-Konferenz ermöglichte den Akteur_innen die Einnahme von Repräsentationsfunktionen, die in internationalen Interaktionsräumen und Plattformen zuvor allein Staaten vorbehalten gewesen waren. Voraussetzung hierfür waren die Anerkennung der Autonomie der Kategorie »Frau« und der Frauenrechte als integraler Bestand der Menschenrechte durch die UN (vgl. Vienna Declaration der Welt-Menschenrechtskonferenz 1993) sowie das in der UN-Konvention CEDAW⁴⁶ von 1979 und auch in der 1995 in Peking verabschiedeten Aktionsplattform formuliertem Ziel, Diskriminierung von *Frauen* aufzuheben. Daraus folgten die schrittweise Anerkennung einer unabhängigen Repräsentation der »weiblichen Zivilgesellschaft« und die Inklusion dieser »Zivilgesellschaft« in Räume und Prozesse der UN. Die veränderte Subjektposition zeigte sich insbesondere vor Ort auf der Weltfrauenkonferenz in Peking und dem parallel in Huairou stattfindendem Forum für Akteur_innen der Zivilgesellschaft.⁴⁷ Auch das Verhältnis der Regierung hatte sich gegenüber den Akteurinnen zeitweilig verändert und die Regierungsbeauftragte für Frauen und Familie, Jolanta Banach, kam sogar zweimal nach Huairou zu dem parallel stattfindendem NGO-Forum,

44 Interview mit Slawomira Walczewska v. 2012 durchgeführt von Verfasserin in Berlin, Notizen (Übers. J.R.).

45 Laut Slawomira Walczewska hätte dies hätte dem Feminismus Ende der 1990er Jahre und in den 2000er zum Durchbruch verholfen, was sich nicht nur am Aufbau eigener Strukturen, sondern auch im kulturellen Bereich und bei der Bildung zum Beispiel bei den Gender Studies oder feministischen Buchveröffentlichungen im Mainstream zeige. Interview mit Slawomira Walczewska, ebd.

46 Die Convention on the *Elimination of Discrimination against Women* (CEDAW) wurde 1979 von der Vollversammlung der UN verabschiedet. In der UN-Konvention wird jegliche Diskriminierung von Frauen verurteilt und die Vertragsstaaten verpflichteten sich, der in den Artikeln der Konvention genannten Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken (UN Women 2009).

47 Das NGO-Forum wurde durch die *Huairou Commission* inclusive *GROOTS International*, die sich als Vertretung von 11.000 Graswurzel Frauenorganisation und NGOs darstellten, organisiert (Huairou-Kommission k.D.).

um sich über die Forderungen der Akteurinnen aus Polen zu informieren und diese direkt zu besprechen.⁴⁸

Die neue Positionierung der Kategorie »Frau« in der durch die UN geförderten räumlich-sinnlich Zugehörigkeitsordnung ermöglichte Akteurinnen aus Polen, die autonome Kategorie »Frau« zu besetzen sowie aus dieser Position heraus zu verhandeln und Forderungen an die polnische Regierung zu stellen. Im Gegensatz dazu war die Position konservativ-katholischer Akteur_innen aus Polen in Peking/Huairou aus strukturellen Gründen geschwächt und die Repräsentationspositionen einer »polnischen weiblichen Zivilgesellschaft« schon besetzt. Die rechtskonservativen, christlich-fundamentalistischen Anti-Choice-Bewegungen aus Polen konnten sich in den durch die UN geschaffenen Interaktionsräumen mit ihrer Agenda nicht durchsetzen. Die familistische Zugehörigkeitsordnung, die sie vertreten, war nicht mit der Zugehörigkeitsordnung der UN kompatibel. Konservativ-katholische Akteur_innen positionierten sich nämlich sowohl während der Debatten als auch in einem eigens verfassten Schattenbericht unternicht nur als »polnische Frauen«, sondern auch als Mitglieder polnischer *Familien*.⁴⁹ Verfasst wurde der Bericht federführend durch die katholisch geprägte Polnische Föderation der Bewegungen Lebens (*Polska Federacja Ruchów Obrony Życia*). Obwohl der Bericht als Bericht »Polnischer Frauen« aus familienunterstützenden NGOs und der Föderation unterschrieben wurde, ist darauf hinzuweisen, dass es sich z.B. bei der Föderation nicht um eine Organisation handelt, die explizit »Frauen« beteiligt und organisiert.

Forschungen, die die Entwicklungen auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking beschreiben sowie die Berichte und Forderungen analysieren, haben die Unterschiede zwischen den Schattenberichten aufgezeigt, von denen der eine von der in SKOP-'95 organisierten geschlechterdemokratischen NGOs und der andere als Reaktion von national-katholischen Gruppen erstellt wurde (vgl. Fuszara 1994; Fuchs 2003:48). Geschlechterdemokratische Akteurinnen hoben hervor, dass Frauen in Polen diskriminiert werden, während der rechtskonservative und katholische Bericht die privilegierte Position von Frauen in Polen und ihre Rolle als Mütter hervorhob (vgl. Fuchs 2003). Die Organisationen sprachen sich zudem u.a. für eine Einschränkung des Rechts auf Scheidung aus (vgl. Raport Kobiet Polskich 1995). Besonders auffällig ist, dass das letzte Postulat sich lediglich auf Familien und Mütter bezieht (vgl. ebd.).

48 Vgl. Interview mit Bożena Choluj v. 2010 durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

49 Der Titel des Berichts lautete »Raport Kobiet Polskich skupionych w polskich pozarządowych organizacjach prorodzinnych zrzeszonych w Polskiej Federacji Ruchów Obrony Życia! (Bericht Polnischer Frauen, die sich in polnischen familienunterstützenden Nichtregierungsorganisationen zusammenfinden und in der Polnischen Föderation der Bewegungen für die Verteidigung des Lebens organisiert sind!).

Die Frauen, die die angereisten katholischen Anti-Choice- und Familien-Organisationen der Polnischen Föderation zur Verteidigung des Lebens (*Polska Federacja Ruchów Obrony Życia*) und das Forum Katholischer Frauen (*Forum Kobiet Katolickich*) repräsentierten, befanden sich in einem Widerspruch, wenn sie sich nur als »Frauen« positionierten. Dieser Widerspruch ergab sich daraus, dass sie gemäß der von ihnen propagierten Gender-Ordnung »Frauen« immer in einem skalaren Zugehörigkeitskonstrukt der »Familie« zugeordnet verstanden, die Logik der räumlich-sinnlichen Gender-Ordnung im UN-Kontext jedoch autonome Repräsentation von »Frauen« vorsah und förderte. Deshalb agierten die Vertreter_innen familistischer Anti-Choice-Organisationen defensiv, wenn sie hinsichtlich eines autonomen Verständnisses der Kategorie Frau im Kontext der UN immer wieder auf die relationale Einbindung in den übergreifenden Maßstab der Familie verwiesen.

Die Vorstellung einer skalaren Zugehörigkeitsordnung wird auch in den Interviews deutlich, die die katholischen Abtreibungsgegner_innen in der polnischen Presse erteilten, wie in einem Interview mit der Abgeordneten der Partei Christlich-Nationalen Vereinigung (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe – ZCHN*), Halina Nowina-Konopczyna, das im Juli 1995 für die Tageszeitung *Sztandar Młodych* erschien. Nowina-Konopczyna erläuterte ihre Auffassung von den Unterschieden der Schattenberichte wie folgt: »Der ›Bericht der Polnischen Frauen‹ sieht die Frauen mit Blick auf ihre Rolle und ihren Platz in der Familie. Der Bericht ›Die Situation von Frauen in Polen‹ hat hingegen unsere Probleme künstlich aus dem Familienumfeld herausgeholt« (Malara/Nowina-Konopczyna/Sztandar Młodych 1995). Rückendeckung erhielten die konservativen Akteur_innen u.a. auch von dem damaligen polnischen Staatspräsidenten, Lech Wałęsa. In einem Brief an die Teilnehmer_innen der UN-Konferenz sprach sich dieser gegen das Recht auf Abtreibung aus und stellte die Forderung auf, »Bedingungen zu schaffen, die Mutterschaft und den Zusammenhalt der Familie fördern sowie Sicherheit und eine stabile Zukunft für diese Grundeinheit der Gesellschaft gewährleisten« (Darewicz/Rzeczpospolita 1995 – Übers. J.R.). Der Präsident hatte zunächst gefordert, die Regierung solle Zeit zu Verfügung stellen, damit Ewa Tomaszewska, eine Delegierte der Gewerkschaft *Solidarność*, seinen Brief in der UN-Versammlung in China vorlesen könne. Damit war die Regierung jedoch nicht einverstanden, da sie zum einen keine weitere Einschränkung des Rechts auf die Terminierung von Schwangerschaften befürwortete und dies zum anderen bedeutet hätte, dass Polen auf der UN-Konferenz zwei widersprüchliche Positionen vorträgt (vgl. *Gazeta Wyborcza* 1995).

Verhandlungen von »europäischen« Zugehörigkeiten und die Erklärung der »Nicht-Region«

Für die feministischen Akteur_innen, die für eine geschlechterdemokratische Ordnung des polnischen Staates kämpfen, war die 4. Weltfrauenkonferenz der UN ein bedeutendes Ereignis, da die skalare Zugehörigkeitsordnung ihnen ermöglichte, aus der Position einer *polnischen Frau* und Vertreterin einer weiblichen staatsunabhängigen Zivilgesellschaft zu sprechen. Außerdem konnten sie auch in lokale Debatten in der polnischsprachigen Presse und in der medialen Debatte über die Situation der Frau in Polen eingreifen. Der Titel eines Artikels der Tageszeitung *Życie Warszawy* vom 28. Juni 1995 lautete »Die Frau ist ein Mensch weiblichen Geschlechts« (*Życie Warszawy* 1995 – Übers. J.R.). Er verdeutlicht gut, wie ungewohnt zu dieser Zeit die Vorstellung war, dass Frauen in erster Linie »Menschen« sind und erst im zweiten Schritt als »Frauen« aufgefasst werden sollten. Dennoch waren zu diesem Zeitpunkt sowohl die Medien als auch die Regierung bereit, sich mit geschlechterdemokratischen Forderungen zu beschäftigen. Dies war darauf zurückzuführen, dass die UN die anwesenden Frauen, die eine »weibliche« Zivilgesellschaft vertraten, als Subjekt der Menschenrechte vis-a-vis von Staaten und internationalen Organisationen anerkannte. Der sich demokratisch konsolidierende polnische Staat war zu diesem Zeitpunkt noch bestrebt, dass die internationale Staatengemeinschaft und die UN ihn als legitime demokratische Repräsentation wahrnahmen.

Der Menschenrechtsdiskurs und die Auslegung von Bürgerrechten durch die UN hatten noch eine gesellschaftspolitische Relevanz in Polen, da sich die politische Opposition in Zeiten des Staatssozialismus auf diesen normativen Rahmen bezogen hatte. Dank der Anerkennung von Menschenrechten für Frauen konnten feministische Akteur_innen jetzt an den Menschenrechtsdiskurs anknüpfen und damit Diffamierungen vermeiden, weil die Rechte der Frauen im Zusammenhang mit staatssozialistischer Entmündigung und Gleichschaltung gesehen werden konnten.⁵⁰ Eine der auf der Frauenweltkonferenz anwesenden Akteurinnen aus Polen berichtete im Interview, dass sie nicht nur das »Bewusstsein«, sondern auch die »Sprache« ändern mussten.⁵¹ Der zu dem Zeitpunkt in Polen weitgehend unbekannte Begriff »Gender« öffnete eine neue Sichtweise, gegenüber rein biologistischen vorherrschenden Verständnissen von Geschlecht.⁵²

Die Koalition des Vatikans mit muslimischen Staaten gegen die Einführung der Kategorie *Gender* in die offizielle Sprechweise der UN kam für die Akteur_innen aus

⁵⁰ Vgl. Interview mit Barbara Limanowska v. 2009, durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

⁵¹ Vgl Interview mit Aleksandra Solik v. 2010, durchgeführt von Verfasserin über Skype.

⁵² Vgl. hierzu auch ebd.

Polen überraschend.⁵³ Umso mehr Bedeutung hatte es, dass in Peking mit der Einführung der Kategorie *Gender* in offizielle Dokumente ein wichtiger Durchbruch gelang. Der Diskurs der UN löste sich von biologistisch geprägten Geschlechtsbegriffen, wie sie u.a. vom Vatikanstaat und rechtskonservativen Akteur_innen vertreten werden.⁵⁴

Die 1995 in China angereisten Frauenrechtsakteurinnen machten allerdings nicht nur die Erfahrung, ihre Positionen autonom repräsentieren zu können. Neben der Anerkennung der Autonomie der Kategorie Frau und der Einführung der Kategorie *Gender* zeigte sich ihnen eine weitere Veränderung der eigenen Position innerhalb skalarer Ein- und Ausschlusspraktiken: ihre Zuordnung in die Kategorie Europa. Die übergreifende Kategorie der Frau stellt die UN über die Positionierung in einer regionalen Ordnung her, die über die Einbindung von Staatsterritorien und staatlichen Befugnisbereichen entsteht. Damit ist gemeint, dass die anerkannten Subjekte der Zivilgesellschaft im UN-Kontext hinsichtlich einer Verallgemeinerung in folgender Ordnung auftreten: Menschen der Welt, Frauen als Menschen, Frauen allgemein (global), Frauen einer Region, Frauen eines Staates.

In diesem Zusammenhang stellte Kinga Lohmann der geschlechterdemokratischen SKOP-Initiative und spätere Mitbegründerin der Karat-Koalition Folgendes fest: »Die Anwesenheit in Peking machte uns bewusst, wie wichtig die Zugehörigkeit zu einer Region ist« (Lohmann 1997: 27). So waren sowohl die Konsultationen für die Pekinger Erklärung (*Beijing Declaration*), die Pekinger Aktionsplattform (*Beijing Platform for Action*), als auch die strategisch wichtigen Treffen der NGOs (Caucus) auf der Konferenz selbst nach einem regionalen Muster organisiert. Die UN, und hier im Besonderen der Wirtschafts- und Sozialrat der UN (*UN Economic and Social Commission*), unterteilte die Welt in fünf Regionen (vgl. z.B. die Webseite der UN k. A.). Die UN folgt bei den Regionen- und Sitzverteilungen geopolitischen und ökonomischen, nicht aber klassisch geographischen Kriterien. Bestimmend für die regionale Aufteilung sind das gemeinsame politische und kulturelle Erbe, Religion, Entwicklungsstatus, ökonomische Beziehungen und teilweise auch die geographische Lage. Nicht alle dieser Kriterien müssen jedoch zusammenkommen und übereinstimmen.⁵⁵ Darüber hinaus ändern sich die Länderzusammensetzung und die

53 Vgl. Interview mit Bożena Chołuj v. 2009, durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

54 Zuvor trat der Begriff *Gender* im Jahr 1985 das erste Mal im Zusammenhang mit der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi auf und wurde von einer Advocacy-Gruppe aus dem »Globalen Süden« (DAWN) in einem kritischen Bericht zur Entwicklungsthematik verwendet. Bis zur Weltfrauenkonferenz in Peking wurde der Begriff *Gender* nur vereinzelt und zum Teil in Anführungsstrichen verwendet. Zur Integration des *Gender*-Begriffes in den UN-Diskursen (vgl. Hilkka 2007: 75–77).

55 Z. B. werden die Europäische Union, USA, Kanada und Israel einer Region zugeordnet. Dass diese Raumsynthese als Region nicht geographischen Kriterien entspricht, ist offensichtlich. Dies trifft auch auf andere Regionen der UN zu. So wird die Zusammensetzung der Region

Namen der Regionen und Subregionen ständig und es kommen auch mehrfache Mitgliedschaften vor. Dies trifft insbesondere auf ehemalige europäische Kolonialmächte zu, jedoch auch auf Staaten wie die USA.

Im Pekinger-Prozess wurde das Prinzip der regionalen Aufteilung übernommen, was bedeutet, dass separate regionale Konsultationsverfahren stattfanden, in denen auch regionale Beschlusspakete verfasst wurden. Anders verhält es sich bei der CEDAW (*Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women*, oder Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau), weil die Staaten nur vereinzelt und nicht im Rahmen regionaler Prozesse Bericht erstatten.⁵⁶ Dies hat zur Folge, dass die Arbeit an CEDAW-Schattenberichten in den jeweiligen Staaten nach nationalem Prinzip und in anderen Zeitdimensionen verlaufen. Ähnlich verhält es sich mit der Mobilisierung von NGOs.

Die regional bzgl. der 4. Weltfrauenkonferenz stattfindenden Sitzungen ermöglichten den Auftritt sowie die Konsolidierung der NGOs und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen innerhalb der ihnen zugeschriebenen Region. In den NGO-eigenen Raumordnungen spiegelte sich die von der UN entworfenen Raumordnung wider, da die institutionalisierten und administrativen Raumordnungen die Vernetzung und Konsolidierung der NGOs beeinflussten. Nichtstaatliche Frauenrechtsakteure_innen wurden ebenfalls Regionen zugeordnet und richteten sich an den von der UN geleiteten Prozesse aus.

Für die Frauenrechts-NGOs stellte die Organisation nach Regionen eine große Herausforderung dar, weil sie ihre gemeinsamen Ziele als Region erst definieren mussten. Der *Women's Feature Service*, der 1994 in einem englischsprachigen Bulletin über die Vorbereitungen der UN-Region »Europa und Nordamerika« zu der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking/Huairou informierte, ordnete dieser Region (gemäß der UN) die Länder des ehemaligen staatssozialistischen »Ostblocks«, Länder »Westeuropas«, der EU sowie Israel, Kanada und die USA zu. Auch Russland, das geographisch teils in Europa, teils in Asien liegt, sowie die Länder Usbekistan, Kirgistan, die nach geographischen Kriterien in Asien liegen, wurden dazu gezählt. Das Redaktionsteam war sich der Diversität der Region zwar bewusst, jedoch trotzdem bereit, die Raumordnung der UN zu übernehmen. In einem Text mit dem Titel »Who are we?«, in dem sie sich auf den Aufruf zu der regionalen Vorbereitungskonferenz der UN »*Women in a changing world – call for action from a regional perspective*« in Wien 1994 beziehen, stellen sie die Konstruiertheit der Region dar. Sie schreiben:

Lateinamerika und der Karibik über »historical, economic and cultural ties« erklärt (vgl. ECLAC k. D.).

56 Der UN-Ausschuss CEDAW (*Convention on the Elimination of Discrimination against Women*) verlangt von den Vertragsstaaten alle 4 Jahre einen Bericht, der dann von dem Ausschuss überprüft wird (CEDAW k.D.).

But how is a ›regional perspective‹ possible in a collection of states so protean that it includes Andorra, Iceland, Moldova, Switzerland, Malta, Slovenia and—Canada? Not to mention France, Uzbekistan, Norway and the United States. Where is our common ground? In 5 days from now we will know the answer (Women's Feature Service 1994: 8).

Auch auf dem NGO-Begleitforum der 4. Weltfrauenkonferenz in Huairou (Peking) widerspiegelte sich die regionale Raumordnung in der räumlichen Aufteilung der Tagung. So materialisierte sich die regionale Aufteilung bspw. in der Strukturierung des Zeltlagers des NGO-Forums. Für jede offizielle Region der UN stand dort ein separates Zelt für gemeinsame Organisationstreffen zur Verfügung. Die erstmals aus den poststaatssozialistischen Ländern angereisten Frauen wurden überwiegend der europäischen Region zugeordnet.

Die Einbindung der Subjektkategorie »Frau« in eine regionale, skalare Ordnung hatte für Frauenrechtsakteurinnen aus Polen sowohl Vor- als auch Nachteile. Vorteilhaft war, dass eine skalare Unterordnung der Staaten in eine größere Maßstabsebene der Region bedeutete, mit einer von der UN praktizierten Raumordnung zu korrespondieren.

Der Nachteil der regionalen Positionierung bestand jedoch darin, dass die skalare Einbindung des ehemaligen politischen »Osteuropas« in ein gemeinsames »Europa«, in der Praxis eine Unterordnung unter ein »Westeuropa« bedeutete. Bis heute wird Europa überwiegend mit der EU gleichgesetzt. Doch Polen und die anderen postsozialistischen ost- und mitteleuropäischen Staaten waren im Jahr 1995 noch keine Mitglieder der EU. Das Verhältnis Osteuropas zu Westeuropa definierte sich damals (und zum Teil geschieht dies immer noch) als ein prozessualer »Übergang« (oder »Transition«) zum *Europa-Sein*.⁵⁷ Das Verhältnis der Mitgliedskandidaten für die EU und der Mitglieder der EU nahm (und nimmt) den Charakter einer Meister-Schüler-Beziehung an (vgl. Schimmelfennig 2000, nach Kuus 2004). Der räumliche Unterschied stellt sich, wie es Doreen Massey in ihrer Analyse der Konstruktion Nord-Süd Relation aufzeigt, als eine zeitliche Differenz her. Eine solche Relation bedingt laut Massey, dass für die skalar untergeordneten Einheiten meistens das Vollkommene als Prototyp und stellvertretend für das Ganze gilt (vgl. Massey 1999). Ähnliche Interpretationen, die »Osteuropa« als eine frühe oder unvollständige Version des entwickelten »Westeuropas« betrachten, wurden inzwischen in einer

57 Zwischen 2009 und 2010, dem Zeitpunkt der Durchführung der Interviews durch Verfasserin, distanzierten sich Akteurinnen feministischer NGOs bereits vom Konzept der »Transition«. So sagte bspw. eine Interviewpartnerin, dass »alle Länder sich gewissermaßen in einer Transition befinden« (W. N. – Interview aus dem Jahr 2009). Der Begriff »Transition« wird nun in der feministischen Bewegung nicht mehr so häufig verwendet. Auch akademische feministische Wissenschaftlerinnen diskutierten den Begriff »Transition« kritisch, wie z.B. Susan Gal und Gail Kligman (2000) und Barbara Einhorn (2006).

Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten kritisch hinterfragt (u.a. Burawoy/Verdery 1999; Kuus 2004, 2007; Kovacevic 2008; Tlostanova/Mignolo 2012). Hervorzuheben ist, dass sich im Menschenrechtsdiskurs, bzw. im »westlichen« Menschenrechtsdiskurs die Bedeutung des Begriffs und Verständnisses des »Westens« mit der Zeit wandelte. Myra Marx Ferree weist in diesem Zusammenhang auf ein interessantes Paradox hin, das mit der Integration der Frauenrechte in die Menschenrechte auf internationaler Ebene und der darauffolgenden Neurahmung des Diskurses einherging: Obwohl die Frauenemanzipation

[...] des Ostens früher als Bedrohung an den Familienwerten und der Gottgebundenheit des Westens gedeutet war, wurde sie nunmehr als Bestandteil des Liberalismus und damit auch als zentraler Kennwert der westlichen Zivilisation im Allgemeinem dargestellt. Frauen und Frauenemanzipation standen nunmehr als Symbole der modernen und säkularen Gesellschaft schlechthin (Ferree 2004: 316).

Eine weitere Relation, die auf dem Forum von Gewicht war und ebenso die relationale Positionierung »Europas« bestimmt, ist die Dichotomie des sogenannten Globalen Nordens und Globalen Südens. Eine Kritik an einer solchen Dichotomie wurde bereits seit Mitte der 1990er Jahre seitens geschlechterdemokratischer Advocacy-Aktuerinnen aus Polen immer wieder öffentlich artikuliert und ist auch in vielen der von mir geführten Interviews erkennbar.⁵⁸ Aus Sicht der Akteurinnen, die sich für separate Repräsentationen einer poststaatssozialistischen Region aussprachen, hatte die in den 1990er Jahren praktizierten Raumsynthesen und Raumordnungen zur Folge, dass Themen nicht zur Sprache kamen, die nicht in die Nord/Süd-Dichotomie passten.⁵⁹ Daher konnten sich viele der Akteur_innen aus den poststaatssozialistischen Staaten in der skalaren Ordnung nur bedingt wiederfinden. Diese im Vorfeld durch NGOs formulierte Kritik, griffen auch Forscher_innen auf. So ließe bspw. laut Jennifer Suchland, die sich ebenfalls mit dem Ost-West Verhältnis grenzüberschreitender feministischer Initiativen beschäftigt, eine solche Dichotomie keinen Raum für die Artikulation ambivalenter Erfahrungen aus der Perspektive einer »zweiten Welt« (Suchland 2011: 837). Ebenfalls Joanna Regulska, eine in den USA lebende Wissenschaftlerin der Rutgers University, die selbst aktiv an den hier beschriebenen Prozessen teilgenommen hatte, stellte zusammen mit ihrer langjährigen Mitarbeiterin Magdalena Grabowska fest, die polnischen Frauenorganisationen seien mit einer im Vorfeld definierten Debatte im internationalen Feminismus

58 Zum Beispiel organisierte Karat am 13.05.2010 in Warschau im Centrum Kultury Nowy Współna Świat eine öffentliche Konferenz zum Thema »Ost und Süd: unterschiedliche Ansichten, gemeinsame Vision« (»Wschód – Południe: różne spojrzenia, wspólna wizja«).

59 Vgl. Interviews mit Lohmann, Kinga (SKOP, Mitbegründerin und Geschäftsführerin der Karat-Koalition) v. 2009, und 2010. Interview durchgeführt von Verfasserin in Warschau. Interview mit W.N. v. 2009 durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

konfrontiert gewesen, die sich auf einen Dialog zwischen der Ersten und der Dritten Welt beschränkte.⁶⁰

Auf der 4. Weltfrauenkonferenz kam hinzu, dass wichtige repräsentative Funktionen der europäischen Region schon von Akteur_innen des ehemaligen politischen Westens übernommen wurden. Dies war eine Folge davon, dass sie schon über einen längeren Zeitraum kontinuierlich in die Prozesse der UN eingebunden waren und bereits zuvor mit ähnlichen staatsunabhängigen Organisationen des »Globalen Südens« im Gespräch gestanden und sich vernetzt hatten.

Eine Gruppe geschlechterdemokratischer Akteur_innen poststaatssozialistischer Länder unternahm daraufhin den Versuch, eine Autonomie zu erstreiten. Auf dem NGO-Begleitforum riefen sie zu einem »Ost-Ost Treffen« (*East-East European Caucus*) auf. Dieser Caucus verfasste in gemeinsamen Arbeitstreffen ein Kritikpapier an dem Text der »*Platform of Action*«, der u.a. das Auftreten der Armut in Osteuropa als kurzzeitige Folge der Transformation beschrieben hatte (vgl. die Deklaration: East-East European Caucus 1995). In ihrem Kritikpapier verwiesen die Akteurinnen darauf, dass es besorgniserregend sei, wie sich »der Status der Frauen« verschlechtere, wie Arbeitslosigkeit, Gewalt, Menschenhandel zunehme. Es gebe mehr als 20 bewaffnete Konflikte, die viele Frauen zum Verlassen ihrer Heimat zwängen. Das Verbot oder die angestrebten Verbote von Abtreibung wurden als das dringendste Problem von Frauen (»most urgent concern for women«) in dieser Region definiert (vgl. East-East European Caucus 1995). Die Gruppe des East-East Caucus verfasste ihre Kritik in der Form eines »*Statements of Non-Region*« (Deklaration einer Nicht-Region). Wanda Nowicka, eine aus Polen angereiste Frauenrechtlerin, die zu diesem Zeitpunkt Geschäftsführerin der Polnischen Föderation für Frauen und Familienplanung war, trug die Erklärung auf der Plenarsitzung der UN in Peking vor:

During the UN Conference on Women in 1995 in Beijing, CEE⁶¹ region was referred to as a ›Non-Region‹, and today it continues to be situated somewhere between the developing and developed countries. Not fitting perfectly well to the Global North or South framework resulted in the marginalization of our issues in international forums (ASTRA 2012: 1).

⁶⁰ Prof. Dr. Joanna Regulska interviewte ich zu dem Thema im März 2010 in New York (Gesprächsnotizen). Vgl. hierzu z.B. auch den etwas später veröffentlichten Artikel ihrer Mitarbeiterin (Grabowska 2012). Inzwischen sind Publikationen erschienen, die aufzeigen, dass Akteur_innen aus Polen bereits sehr früh in Prozesse der UN involviert waren. Es handelt sich allerdings um Akteur_innen, die auch wenn Sie als Vertreterinnen von Frauenorganisationen aufraten, auch als staatliche Delegierte aufraten. Zu den neueren Publikationen vgl. Grabowska, Magdalena (2017b; 2018) oder auch Agnieszka Mrozik (2022).

⁶¹ CEE steht für Central and Eastern Europe.

Um ihre Legitimität und Aussagekraft zu stärken, gaben die Verfasserinnen der Erklärung an, 400 Frauen von 80 NGOs aus 19 Staaten zu repräsentieren.

Weder von den Staaten, die aus dem ehemals politischen Ostblock und der Sowjetunion hervorgegangen waren, noch von den feministischen Akteur_innen, die sich oft in politischer Opposition zum alten System gesehen hatten, war eine gemeinsame »Identität« erwünscht. Viele der ehemals sozialistischen Staaten hatten zu einem Zeitpunkt, als der militärische und politische Ostblock gerade erst zusammengebrochen war und die Sowjetunion sich noch im Auflösungsprozess befand, kein Interesse daran, als gemeinsame Region zu agieren. Sie suchten stattdessen nach Anerkennung seitens der internationalen Gemeinschaft und waren darauf bedacht, ihre neu gewonnene Souveränität zu behaupten. Im Gegensatz jedoch zu den poststaatssozialistischen Staaten selbst entschieden sich die Frauenrechtsakteur_innen aus diesen Ländern auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995, sich auf die übergeordnete Maßstabsebene der Region zu beziehen, wodurch sie ein Gewicht gegenüber vereinzelt auftretenden Staaten der poststaatssozialistischen Region gewinnen konnten.

Sowohl die geführten Interviews als auch Texte von Frauenrechtler_innen zeigen die Schwierigkeit, eine Haltung zu der Frage einer gemeinsamen »Identität« oder Organisation zu finden. In dem in Warschau geführten Interview mit der Mitbegründerin der Karat-Koalition, Kinga Lohmann, berichtete, dass Frauen aus den ehemaligen poststaatssozialistischen Ländern anfangs sogar eine » gegenseitige Abneigung« und ein »Misstrauen« überwinden mussten.⁶² Auch während der teilnehmenden Beobachtung, bspw. auf der Versammlung des CSW 50 und dem Begleitforum in New York im Jahr 2010 sowie in den vielen über die Jahre mit geschlechterdemokratischen Akteurinnen geführten Gesprächen, konnte die Beobachtung gemacht werden, dass bei Vertreterinnen von Frauenorganisationen die Beziehung zu Russland und insbesondere zu russischen Akteur_innen noch 10 Jahre nach den gesellschaftlichen Veränderungen Anfang der 1990er Jahre mit Vorurteilen und Misstrauen behaftet waren. Anastasia Posadskaya-Vanderbeck⁶³, eine geschlechterdemokratische Akteurin aus Russland, schrieb später zu der Arbeit im *East-East European Caucus* Folgendes:

Diejenigen von uns, die in den postkommunistischen Ländern leben, wissen, wie das Erbe des Sowjetimperiums die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Menschen der Region verhindert. Deshalb sahen wir es als eine besondere Herausforderung an, eine eigene einheitliche Erklärung zu erarbeiten (Posadskaya-Vanderbeck 1995 – Übers. J.R.).

⁶² Interview mit Kinga Lohmann v. 2010 durchgeführt von Verfasserin

⁶³ Anastasia Posadskaya-Vanderbeck leitete später das Network Women's Program des Open Society Institute, und Programme im Rahmen von UN Women und UNIFEM.

Das *Statement of Non-Region* mit der Feststellung einer Nicht-Region kann auch als Versuch gedeutet werden, sich der bestehenden regionalen Ordnung entgegenzusetzen. Gleichzeitig entgeht dieser Ansatz dem Denken in regionalen, skalaren Raumsynthesen jedoch nicht wirklich, denn ein Statement einer Region als Nicht-Region ist eine in sich widersprüchliche Aussage. Die Entscheidung für das Propagieren dieses Widerspruchs könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Positionierung, die (An-)Ordnung in einer räumlichen Synthese eines poststaatssozialistischen Ost- und Mitteleuropas, nicht nur für die Vertreter_innen aus den poststaatssozialistischen Staaten, sondern auch für die Vertreter_innen von NGOs und Frauenrechtler_innen aus diesen Staaten einen fragwürdigen Charakter hatte. Im »Statement of Non-Region« hieß es: »Unsere Ländergruppe ist eine Nicht-Region, weil es keine erkennbare politische oder geographische Definition für die Region gibt, die aus den Ländern Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion besteht« (East-East European Caucus 1995).

Eine Akteurin einer Organisation, die sich in der Karat-Koalition organisierte und Teilnehmerin der Konferenz im Jahr 1995 in China war, erläuterte in einem Interview die Situation der angereisten geschlechterdemokratischen Akteur_innen auf folgende Weise:

We were nobody, we were not identified, nobody, nobody knew at that time who we are, even we didn't know who we are, because it was chaotic times in a way and even structures like the UN were not sure how they should treat us, they did not know the differences of course. Eastern Europe was all in one basket.⁶⁴

Nicht nur feministische Aktivist_innen und NGOs, sondern auch Akademiker_innen streiten mit einer Vielzahl von Meinungen und Analysen darum, ob man zwischen den Regionen »Ost-Europa« (basierend auf der Ost-West-Dichotomie), »Mittel-Ost-Europa« und »Mittel-Osteuropa und Zentralasien« differenzieren kann. So folgten einige Wissenschaftlerinnen den Autonomieforderungen und Differenzpostulaten des *East-East Caucus*, die eine Revision der angewandten geopolitischen Einteilungen, Dichotomien und Rahmensexpositionen forderten, indem sie dafür plädierten, eine sogenannte »Zweite Welt« als »Ort globaler Kämpfe« anzuerkennen (vgl. z.B. Suchland 2011: 854; Grabowska 2012: 387).

Während also einige auf das sozialistische Erbe verweisen, um Gemeinsamkeiten und Entwicklungen und in den poststaatssozialistischen Ländern zu erklären, argumentieren andere, dass es keine gemeinsamen Merkmale gebe und viele Entwicklungen in den genannten »Ost«- und »West«-Ländern vergleichbar verlaufen würden. So schreiben Redi Roobak und Raili Marling, die Analogien zwischen

⁶⁴ Interview mit N.N. (Karat-Koalition-Mitgliedsorganisation, Teilnehmerin der UN-Konferenz 1995) v. 2010 durchgeführt von Verfasserin.

Postsozialismus und Postkolonialismus ziehen, dass »Mittel-Ost-Europa sich nicht auf einer anderen zeitlichen Ebene befindet, sondern vor denselben Herausforderungen durch neoliberalen Ideologien steht wie transnationale Feminismen« (Vgl. Koobak/Marling 2014). Auf Grund der vielen Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West solle der Analysefokus auf »Ko-Präsenzen, Interaktionen und ineinandergreifenden Verständnissen und Praktiken liegen, statt auf trennenden Dichotomien« (ebd.). Diese Perspektive teilen viele geschlechterdemokratischen und frauenpolitischen Akteur_innen aus ehemals staatssozialistischen Ländern. In den von mir geführten Interviews waren es insbesondere jene, die eine Beteiligung polnischer NGOs im Europäischen Frauenlobby (*European Women's Lobby, EWL*) befürworteten.⁶⁵

Abgesehen von der Analyse der Ost-West-Dichotomien in politischen Praktiken geschlechterdemokratischer Bewegungen ist das übergeordnete Anliegen meiner Forschung eine Perspektivierung im Sinne eines sinnlich-räumlichen Theorieansatzes. In dem Sinne sprach das »*Statement of Non-Region*« seine Situation des *Unvernehmens* als Problem an, welches aus einer spezifischen Aufteilung des Sinnlichen resultierte. Die Akteurinnen, die sich als Nicht-Region organisiert hatten, können jedoch nicht generalisiert als anteilslos bezeichnet werden, da sie auf Infrastrukturen der Unterstützung im Sinne Judith Butlers zurückgreifen konnten. Ihre Teilnahme an der Versammlung der UN war nur dadurch möglich, dass sie schon an etwas Anteil hatten. Sie waren Repräsentantinnen eines Geschlechtes, einer *Nation* und wurden der europäischen Region zugeordnet, die sie jedoch gleichzeitig nicht repräsentierten. Auch erhielten sie Unterstützung in Form von Ressourcen, Logistik, Wissen, der Anbindung an bereits existierende Netzwerke und der Möglichkeit, neue Netzwerke zu etablieren. Gleichzeitig ist die Deklaration der Nicht-Region Ausdruck einer Ambivalenz, da sie auf der doppelten Bewegung des Postulats der Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit beruht. Insofern handelt es sich hier um ein politisches Ereignis im Sinne Rancières, in dem eine Situation des *Dissens*, also ein Abstand des Sinnlichen zu sich selbst, erzeugt wurde. Durch die widerständige Performance sowie das Postulat eines anderen und neuen *Gemeinsamen*, wurden die konsensuelle Wahrnehmung und die raumkonstituierende Praxis einer spezifischen regionalen Aufteilung kurzweilig unterbrochen, das Prinzip der Raumaufteilung in Regionen erfuhr jedoch Bestätigung.

65 Hier ist hinzuzufügen, dass zu dem Zeitpunkt der Interviews bereits der EU-Beitritt Polens erfolgt war. Dies hatte zur Folge, dass die Rahmenbedingungen für Advocacyarbeit sich entsprechend verändert hatten. Vgl. u. A. Interview mit A.G. durchgeführt von Verfasserin in Warschau

Entstehung und Gestaltung grenzüberschreitender (Bewegungs-)Räume: die Karat-Koalition (1997–2019)

Der Handlungskontext der UN hatte eine zentrale Bedeutung für die Entstehung von geschlechterdemokratischen NGOs, die die poststaatssozialistische Region Europas und Zentralasiens umfassen. In der politischen Praxis der UN und in den durch sie organisierten Zusammenkünften sind die Subjektkonstitutionen (bzw. Identitätszuschreibungen) nicht nur an die Subjekte selbst (bzw. Identitätskategorien), ihre Relationen und den unmittelbaren, sozialen Kontext gebunden, sondern auch an eine intrinsische räumliche Dimension. Der Konstitution von Subjekten liegt eine räumliche Dimension inne, da sie in konkrete Raum- und Territorialvorstellungen einbezogen wird, bspw. über die Anbindung an politisch-geografische Einheiten (»was in den Vereinten Nationen zählt, ist die Region«⁶⁶). Daher war die Möglichkeit der Erlangung von Repräsentation in der UN stark von der regionalen Einordnung abhängig. In einem Antrag für ein Projekt namens »Beyond Beijing: Regional action of Karat Coalition« im Jahr 1999 schrieben Akteurinnen von SKOP-'95 Folgendes: »Nach unserer Ankunft in Peking wurde uns klar, wie wichtig die Bindung an eine bestimmte Region ist« (Project Proposal 1999: 2).

Auf die während des Interviews gestellte Frage, welche Bedeutung die regionale Aufteilung der UN für NGOs habe und inwiefern sie ihre Arbeit determiniere, antwortete Aleksandra Solik, eine Mitarbeiterin des Sekretariats der Karat-Koalition und Expertin für Frauen Menschenrechte, NGOs könnten auf diese Weise viel freier agieren und dies sei vor allem eine strategische Entscheidung der NGOS selbst:

Sie [die NGOs] können sich selbst erschaffen [...]. Sie können von einer bestimmten Gemeinschaft, irgendwelchen gemeinsamen Zielen oder einer Erfahrungsgemeinschaft ausgehen, und es geht darum, dies später zu artikulieren und in Erscheinung zu treten [org. *zaistnieć*]. Natürlich wäre es schwierig, aus drei Ländern eine Region zu schaffen und zu sagen, jetzt wollen wir die gleiche Stimme haben wie eine große Region, aber wissen Sie, es ist eine Frage der Strategie... Das war es, was wir in den 90er Jahren wollten, eine Region sichtbar machen, oder? Nun... inwieweit sie in den Vereinten Nationen sichtbar sein muss? Es ist auch so, dass man nicht unbedingt in den Vereinten Nationen auftreten und als Subregion sprechen muss, sondern es könnte sein, dass wir unsere Forderungen, unsere Empfehlungen, unsere Schlussfolgerungen, unsere Erfahrungen an die größere NGO-Region weitergeben. Dann wird selbstverständlich die Position der großen Region dargestellt, aber die Perspektive dieser kleineren Regionen ist auch in dieser Position enthalten.⁶⁷

66 Interview mit W. N. v. 2010 durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

67 Interview mit Aleksandra Solik 2010 durchgeführt von Verfasserin (Übers. J.R.).

Mit der regionalen Subjektkonstitution war der Wunsch nach mehr Gewicht gegenüber den etablierten und im UN-Kontext erfahrenen Organisationen aus dem sogenannten »Westen« verbunden. Um diese zu fördern, sahen sich einige Frauen (darunter aus der polnischen SKOP-'95-Initiative), die sich im Übrigen auf der gemeinsamen mehrtägigen Zugreise nach Peking kennenlernten, veranlasst, eine regionale Ost-Mitteleuropäische Organisation für Geschlechterdemokratie – die sich später in Warschau als Karat-Koalition⁶⁸ konstituierte – ins Leben zu rufen. Diese sollte eine Watchdogfunktion gegenüber den Regierungen in den jeweiligen Staaten ausüben.⁶⁹ Die Idee der Gründung einer eigenen regionalen Organisation reifte im Lauf der Vernetzungsinitiativen und Erfahrungen im Zusammenhang mit der UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 (vgl. Fuchs 2003; Lang 2009). Einige der dort vertretenen ost-mitteleuropäischen NGOs schlossen sich der Koalition an. Am Anfang repräsentierte der Verein SKOP-'95 formal Karat.⁷⁰

Die Strategie der Karat-Koalition verdeutlicht das folgende Zitat, das auf einem Flyer der Karat-Koalition (ohne Datum) veröffentlicht wurde:

We are a gateway and a megaphone. Through KARAT, the voices of our member organisations are amplified and channelled together in order to be heard and listened to on a European level and beyond. As the only network of this kind in the Region, the important and difficult efforts of our members are internationally recognised when often undervalued in their own countries (Karat Coalition k.D.).

Zu ihrer Zielvorstellung erklärte die Karat-Koalition u.a., »unsere Region auf internationalen Foren sichtbar zu machen«, sowie, »unsere Region auf den internationa- len Foren zu repräsentieren und für sie einzutreten« (Project Proposal 1999: 1 – Übers. J.R.).

Eine immer wieder in den Interviews mit Frauenrechts-Akteurinnen unterschiedlicher Organisationen in unterschiedlichen Städten gestellte Frage war, inwiefern die Aktivistinnen die Notwendigkeit einer separaten regionalen Repräsentation sehen. Die Antworten darauf fielen sehr unterschiedlich aus. So initiierte bspw. Urszula Nowakowska, die Direktorin des Frauenrechtszentrum (*Centrum Praw Kobiet*, CP) infolge der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo von 1995 ein paneuropäisches juristisches Netzwerk mit dem Namen WAVE, ohne das Prinzip der Ost-West-Teilung zu reproduzieren.

Nowakowska berichtete, wie nach der Weltfrauenkonferenz in Peking unter den Aktivistinnen Meinungsverschiedenheiten aufkamen, ob es Sinn mache, eine regio-

68 Karat ist der Name eines Hotels Warschau in dem 1997 das Gründungstreffen der Organisation stattfand. Für weitere Informationen über die Karat-Koalition siehe auch die Publikation von Marksová-Tominová (2006: 115–117).

69 Vgl. Interview mit Božena Chołuj v. 2009 durchgeführt von Verfasserin in Warschau.

70 Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 durchgeführt von Verfasserin.

nale Organisation wie Karat zu gründen, d.h., ob es sinnvoll sei, weiterhin eine »ost-europäische Identität und Besonderheit zu pflegen, oder aber ob es nicht besser wäre sich diesen Aktivitäten mit unserer eigenen Stimme anschließen, also als diese paneuropäischen Organisationen und Netzwerke, statt ständig ein separates Netzwerk zu sein«.⁷¹ Der Gründerin des Frauenrechtszentrums war die letzte Position näher: »Lasst uns mit unserer eigenen Stimme sprechen, denn wir sind reif genug dafür, aber lasst uns nicht selbstisolieren, [...] weil wir auch gemeinsame Interessen haben, und lasst uns unsere Positionen auf breiteren Foren präsentieren [...].«⁷²

Unterschiedliche Prioritäten zeigten sich ebenfalls in Hinsicht auf die Entscheidung, mit der Europäischen Frauenlobby zusammenzuarbeiten und sich in eine polnische Repräsentation in Form einer Koalition von NGOs einzugliedern. Allerdings interessierte sich die Europäische Frauenlobby (*European Women's Lobby*, kurz: EWL⁷³) auch erst spät und nur im Zusammenhang mit der Osterweiterung der EU für eine Zusammenarbeit mit NGOs aus poststaatssozialistischen Ländern, was laut einer in Polen und international engagierten Frauenrechtsakteurin mit einem begrenzten Verständnis europäischer regionaler Zugehörigkeit zusammenhing: »Die EWL glaubt, dass Europa an der Grenze der Europäischen Union endet. Es gab mit ihnen keine Gespräche, weil sie nicht mit uns reden wollten. Sie sagten, Osteuropa interessiert sie überhaupt nicht«.⁷⁴

Im Verlauf der EU-Erweiterung wurde Zusammenarbeit mit der EWL unter NGO-Vertreter_innen in Polen mehrmals kontrovers diskutiert. Während ein Großteil der NGOs eine Zusammenarbeit ablehnte, entschieden sich um 2010 u.a. die Demokratische Frauenunion (*Demokratyczna Unia Kobiet*, oder DUK) und das in Gdańsk von Małgorzata Tarasiewicz geleitete *Network of East-West Women* für die Konsolidierung einer polnischen Repräsentation in der EWL.⁷⁵ Andere Akteurinnen, die sich in den Interviews meist distanziert gegenüber der EWL zeigten, argumentierten, es gebe signifikante Unterschiede zwischen ihren Positionen und denen der EWL. Dabei benannten viele der Interviewpartnerinnen als wichtigste Differenz einer ost-europäischen und polnischen Position gegenüber dem EWL und vielen internationalen NGOs des ehemaligen politischen Westeuropas die Thematik der Prostitution bzw. Sexarbeit. Die EWL vertrat bis zum Abschluss der hier

⁷¹ Interview mit Urszula Nowakowska v. 2010 durchgeführt von Verfasserin in Warschau (Übers. J.R.).

⁷² Ebd.

⁷³ EWL ist die wichtigste Advocacyorganisation auf europäischer Ebene und auch auf UN-Ebene, die auf internationalen Foren für Gender Mainstreaming und Frauen-Rechte eintritt. Sie wurde 1987 gegründet und seit 1990 direkt von der Europäischen Kommission unterstützt (vgl. European Women's Lobby 2015).

⁷⁴ Interview mit Kinga Lohmann v. 2010 durchgeführt von Verfasserin (Übers. J.R.).

⁷⁵ Zum Standpunkt Mai 2021 war das NEWW in Gdańsk noch polnische Repräsentation im Europäischen Frauenlobby (vgl. European Women's Lobby k. A.).

dargestellten Forschung (2021) eine abolitionistische Perspektive, die Sexarbeit als Gewalt gegen Frauen und als Menschenrechtsverletzung interpretiert (vgl. z.B. European Women's Lobby 2021). Eine Interviewpartnerin legte Wert darauf, dass die »ost-europäische« Perspektive differenzierter sei: »Wir haben den Zusammenhang zwischen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation der Migration und dem Menschenhandel allzu deutlich gesehen, als dass wir uns in eine so sehr einseitige Diskussion über Prostitution einlullen lassen würden«.⁷⁶

Barbara Limanowska, die ehemalige Direktorin von Ośka und spätere Koordinatorin des Gendermainstreaming-Programms im Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (*European Institute for Gender Equality*, oder EIGE), hob wiederum hervor, Karat spreche unbequeme Themen an:

Es gibt einige Themen, die jeden irritieren und langweilen, aber Karat spricht sie immer wieder an. Das ist zum Beispiel das Thema Migration und die Situation von Migrantinnen. Es geht um die Frage der wirtschaftlichen Stellung der Frauen und die Kosten der Transformation, die auf Frauen gefallen sind. Die Frage des Arbeitsmarktes und wie sich dieser nach 1989 verändert hat.⁷⁷

Auf die Fragen zu den Merkmalen einer Region, wie sie im »Statement of Non-Region« und in der Karat-Koalition definiert sind, argumentierte eine Mitbegründerin von SKOP-'95 und Mitarbeiterin von Karat, diese Merkmale seien vor allem ein Produkt des Übergangs der staatssozialistischen Wirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft gewesen. Der Übergang habe, so Aleksandra Solik, die die Frauen in all diesen Ländern furchtbar hart getroffen, auch wenn es schwierig war, die Region zu definieren, da sie sich von »Mitteleuropa bis Zentralasien« erstreckte:

[...] die Probleme waren die gleichen, ich meine ja, erstens die Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsmarkt, zweitens die Liquidierung des gesamten Sozialsystems, z.B. Kinderkrippen, Kindergärten, Vernachlässigung des Gesundheitswesens, das Anwachsen des Fundamentalismus, der sich in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise manifestierte [...] Es war das Thema Abtreibung, Verhütungsrechte, reproduktive Rechte. In anderen Ländern mag es der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus gewesen sein, eine Art Rückbesinnung auf die Tradition Frühes Heiraten, die Verdrängung der Frauen aus den Positionen, die sie vorher innehatten. Diese Art des Zurückdrängens in die Familie.⁷⁸

Solch eine kritische Positionierung gegenüber neoliberalen Umstrukturierungen, die mit der Transformation des politischen Systems einherging, sollte die Arbeit der

⁷⁶ Interview mit Kinga Lohmann v. 2010.

⁷⁷ Interview mit Barbara Limanowska, v. 2009 in Warschau (Übers. J.R.).

⁷⁸ Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 (Übers. J.R.).

Karat-Koalition über die nächsten Jahre hinweg prägen. Dies zeigte sich sowohl in den Arbeitsschwerpunkten und Projekten als auch in den offiziellen Stellungnahmen der Koalition. Immer wieder wies diese auf den negativen Einfluss neoliberaler Umstrukturierung, auf die Armut und die besondere Prekarisierung von Frauen in poststaatssozialistischen und postsowjetischen Ländern Europas und Zentralasiens hin (vgl. z.B. das Positionpaper Karat Coalition/Pact Gender Task Force/Regional Center for Gender Equality 2005).

In den Anfangsjahren baute Karat eigene Strukturen und ein regionales Netzwerk auf. Im Februar 1997 formalisierte sich die Karat-Koalition und erlangte als polnische NGO einen selbstständigen offiziellen Rechtsstatus.⁷⁹ Die Arbeit von Karat richtete sich auf die von der UN angestoßenen Prozesse, wie bspw. die Versammlungen der *Commission on the Status of Women* (CSW) und die alle 5 Jahre stattfindenden Review-Prozesse, in denen die Implementation, der in Peking verabschiedeten »Platform for Action« für die UN-Regionen überprüft werden. Ein Höhepunkt war die Erstellung eines ersten gemeinsamen regionalen Reports als *Karat Coalition for Regional Action* unter dem Titel »Regional Report on Institutional Mechanisms for the Advancement of Women in the countries of Central and Eastern Europe« für die 43. Sitzung der UN Commission of the Status of Women (CSW) in New York im Jahr 1999. Kinga Lohmann bezeichnet dieses Jahr, in dem Karat zusammen mit weiteren Mitgliedsorganisationen der Kommission den Report erarbeitete, als wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Entwicklung der Koalition. Aus den vielen geführten Interviews geht hervor, dass die Unterstützung und das Wohlwollen seitens der UN für die Raumkonstitutionen Karats und die Herstellungen einer regionalen Sichtbarkeit und Präsenz von maßgeblicher Bedeutung waren. Eine sehr engagierte Mitarbeiterin der UN habe die Koalition unterstützt, so Lohmann in einem Interview, indem sie der Koalition auf dem Forum der NGOs in New York »viel Raum zur Verfügung stellte«.⁸⁰ Die Karat-Koalition organisierte mehrere Veranstaltungen, auf denen sie über die Situation von Frauen aus der Karat-Region informierte. Zudem rief Karat ein eigenes ost-europäisches Caucus-Treffen ein, welches zusätzlich zu dem allgemeinen Caucus-Treffen der ECE-Region stattfand.

Vor der eigentlichen Tagung im Hauptsitz der UN in New York nahmen Akteurinnen der Koalition an Vorbereitungstreffen in Budapest und Genf teil. Auch UNIFEM (*United Nations Development Fund for Women*), der Entwicklungsfonds der UN für Frauen zeigte Interesse an der Initiative. Die lokalen Vertretungen der UN beteiligten sich an Treffen und luden Aktivist_innen zu ihren Sitzungen ein.

Im Jahr 2000 kam auf der 5-Jahres-Überprüfung der Umsetzung der Erklärung von Peking und der Aktionsplattform (Peking +5) der Generalversammlung der UN

⁷⁹ Davor wurde der Rechtsstatus von SKOP-1995' für Karats Aktivitäten verwendet. Vgl. Interview mit Aleksandra Solik v. 2010 (Übers. J.R.).

⁸⁰ Siehe Interview mit Kinga Lohmann v. 2010 (Übers. J.R.).

vom 5. bis 9. Juni 2000 der Durchbruch, da Karat dort eine internationale Sichtbarkeit erlangte.⁸¹ Auf der Peking+5-Versammlung erschien eine Delegation von mehreren Karat-Mitgliedsorganisationen, die in der Folge mehrere Workshops organisierten. Es gab u.a. eine Veranstaltung zu dem zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Krieg im Balkan und der Situation von Frauen in dieser Region, die auf sehr viel Interesse stieß. Die Veränderung der Wahrnehmung der Aktivist_innen aus dem vormaligen Ostblock beschreibt Lohmann wie folgt: »Das bedeutet, dass wir nicht mehr wie in Peking abseits der gesamten Bewegung stehen, dass wir nicht sichtbar sind, sondern dass wir bereits wissen, wie wir sichtbar werden können und die Mechanismen bereits kennen«.⁸²

Nach der Fertigstellung des regionalen Berichts für die 43. Sitzung der Kommission der UN zur Rechtsstellung der Frau (*UN Commission of the Status of Women, kurz CSW*) begann Karat, eigene Strukturen aufzubauen und an einem Statut für die Organisation zu arbeiten. Im Jahr 2001 formalisierte sich Karat dann als internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Warschau. Dies war ein wichtiger Schritt, da strategische Sponsoren wie die UNIFEM nur so bereit gewesen wären, weitere finanzielle Unterstützung zu leisten.⁸³ In Selbstdarstellungen beschreibt die Koalition »die Registrierung als Höhepunkt eines extensiven Prozesses in der Entwicklung der Struktur von Karat«.⁸⁴

Auf der Ebene der UN erlangte die Karat-Koalition durch die regelmäßige Präsenz auf den Versammlungen mit der Zeit den Status einer regionalen Stimme. Sie war zu einer repräsentativen Organisation geworden und wurde als solche anerkannt. Die Strategie der Karat-Koalition hatte sich in Hinsicht auf das Ziel, eine Repräsentation zu erlangen, bewährt.⁸⁵ Ein Ausdruck der Anerkennung war bspw., dass die UN die Karat-Koalition aufgeforderte, über die Situation in Mittel- und Osteuropa und in den einzelnen Ländern dieser Region zu berichten. Sie sollte selbst die Zivilgesellschaft Mittel- und Osteuropas sowie einzelne Länder der Region vertreten.

81 Die Fünf-Jahres-Überprüfung der Umsetzung der Erklärung von Peking und der Aktionsplattform (Peking + 5) in der 23. Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen fand vom 5. bis 9. Juni 2000 in New York, den USA unter dem Titel »Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden für das einundzwanzigste Jahrhundert« statt (vgl. UN Women 2010).

82 Siehe Interview, Lohmann v. 2010 in Warschau (Übers. J.R.).

83 Vgl. ebd.

84 Siehe Flyer Karat, 2003 (Übers. J.R.). Im Archiv der Autorin.

85 Dies zeigt sich u.a. daran, dass Karat-Koalition zur Konsultation seitens internationaler Organisationen, wie der UN hergeholt wird, um über die Situation in der Region oder den einzelnen Staaten der Region zu berichten oder gar die Zivilgesellschaft der Region und einzelner Staaten aus der Region zu vertreten.

Die Karat-Koalition hatte auch einen konsultativen Status im ECOSOC, dem Sozial- und Wirtschaftsrat der UN. Bei Präsentationen auf internationalen Foren wie der UN oder von EU-Institutionen führte die regionale Karat-Koalition immer wieder Beispiele aus den Mitgliedsländern an und Vertreter_innen der jeweiligen Länder nahmen auf Einladung teil. Die Mitgliedsorganisationen sahen in der Mitgliedschaft in einer regionalen Koalition vor allem eine Stärkung ihrer Position bei Verhandlungen mit Regierungsvertreter_innen. Transnationales Handeln kann somit dem strategischen Ziel dienen, das Ansehen einer Organisation auf nationaler Ebene zu erhöhen (vgl. Keck/Sikkink 1998: 69).

Aus strategischen Gründen und wegen der Erfahrung der fehlenden Sichtbarkeit und Sprachlosigkeit gründete Wanda Nowicka, die Mitautorin des »Statement of Non-Region« und wichtige internationale Advocacy-Akteurin sowie zentrale Figur der Frauenrechts-NGO-Landschaft in Polen⁸⁶, im Jahr 1999 das regionale Netzwerk *Central and Eastern European Women's Network for Sexual and Reproductive Health and Rights* (ASTRA). Das Prinzip der regionalen Raumordnung wurde auf diese Weise auf eine thematische NGO übertragen. Als Motiv für die Gründung der Organisation als regionale Vertretung gab die Gründerin des Netzwerkes die verstärkte Regionalisierung auf politischer Ebene an.⁸⁷

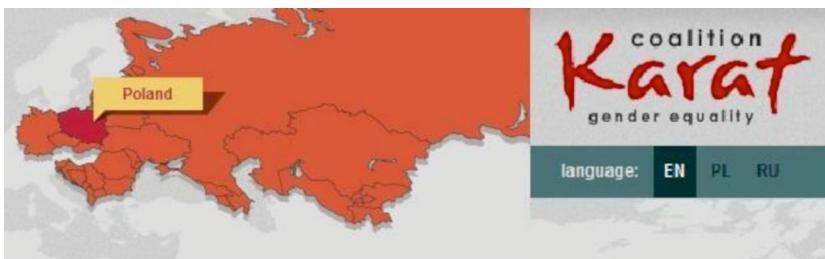
Ein auffallendes Merkmal bei der Schaffung solcher organisatorischen Plattformen ist, dass feministische Akteur_innen Skalierungen strategisch einsetzen, um über skalar untergeordnete Einheiten Legitimation und Repräsentation sowie symbolische Dominanz zu gewinnen. Exemplarisch für solch eine skalare Praxis war die kartografische Selbstdarstellung der Karat-Koalition auf der Internetpräsenz der Organisation.⁸⁸ Zur Darstellung der Karat-Region befand sich eine interaktive Grafik im Header der Webseite (Abbildung 6).

⁸⁶ Mitglied von Neutrüm, dann von SKOP und Vorsitzende der Föderation für Frauen und Familien. Auch Parlamentarierin (*Ruch Palikota*) und Marschall des Sejms (poln. *Marszałek Sejmu* d.h. Form von Präsidentin des polnischen Parlaments) in der VII. Legislaturperiode.

⁸⁷ Vgl. Interview mit Wanda Nowicka v. 2010 (Warschau).

⁸⁸ Siehe die Webseite von Karat (Abruf 12.07.2010).

Abbildung 6: Screenshot des Website-Headers der Karat-Koalition, abgerufen im Oktober 2010.



Auf dieser Grafik sind die Territorien ehemaliger staatssozialistischer Länder in Ost-, Mittel- und Südeuropas (inklusive Deutschland⁸⁹) sowie der Ex-Sowjetunion mit Demarkation von staatlichen Grenzen in einer Raumsynthese vereint. Auf diese Weise bildete Karat die Länder ab, zu denen ihre Mitgliedsorganisationen gehörten. Obwohl Russland den größten Teil dieser Karte umfasste und die Webseite nicht nur auf Englisch und Polnisch, sondern auch in russischer Sprache abrufbar war, war es zu dem Zeitpunkt der Erstellung der Seite jedoch so, dass es keine aktive Beteiligung aus Russland an der Koalition gab. Insofern stellte die Karte auch die Vorstellung sowie die Idee der Zusammensetzung der poststaatssozialistischen und postsowjetischen Region der Karat-Koalition dar.

Die Karte, die bis 2019 auf der Webseite zu sehen war, zeigte nicht, wo sich die einzelnen Mitgliedsorganisationen der Koalition befanden, sondern bestand aus einer flächendeckenden, die Staatsgrenzen einbeziehenden Darstellung. Die Koalition erschien auf dem Bild mächtig und viel größer als die einzelnen Staaten. Auf der kartografischen Selbstdarstellung auf der Webseite verortete die Karat-Koalition Polen relational innerhalb der skalaren Einheit »westlich«. Das Bild hob auf diese Weise Polen hervor, gleichzeitig blieb das Land jedoch skalarer Teil der großen, regionalen Karat-Einheit.

Akteurinnen aus Polen nehmen in den in dieser Arbeit angeführten regionalen Initiativen (teilweise bis heute) eine führende Rolle ein: Sichtbar wird dies daran, dass zum Zeitpunkt dieser Forschung drei der wichtigsten geschlechterdemokratischen Advocacy-Organisationen, die sich auf die Region des poststaatssozialistischen Ostmitteleuropas und teilweise Asien beziehen, ihren offiziellen Sitz und ihre Sekretariate in Polen haben – die Karat-Koalition (Warschau), ASTRA (Warschau) und NEWW (Gdańsk).

89 Die Teilnahme Deutschland hatte jedoch eher symbolischen Charakter. Auf in Deutschland lebende Akteur_innen fielen zwei Sitze im Aufsichtsrat sowie Expertinnen- und keine Rezipientinnen Rollen zu. Es gibt keine Mitgliedsorganisationen aus Deutschland (Stand 10.12.2012).

Aus den mit Akteurinnen der regionalen Frauenrechtsorganisationen Karat-Koalition und ASTRA geführten Interviews geht hervor, dass sie ein Bewusstsein für den konstruierten Charakter der regionalen Raumsynthesen haben. Die »Identität« der Region wird innerhalb der Organisationen immer wieder neu verhandelt. Im Fall der untersuchten NGOs, wie der Karat-Koalition, spiegelt sich diese Aushandlung in den Veränderungen der Außengrenzen und Mitgliedschaften der Organisationen wider, ebenso in den sich verändernden Definitionen der Region, die der Legitimation der eigenen Raumsynthese dient.

Mit der EU-Osterweiterung veränderte sich der Handlungsspielraum von Karat. Viele Organisationen in den neuen EU-Ländern verloren ihr Interesse an einer Zusammenarbeit in einem regionalen Netzwerk, wie es die Karat-Koalition ist. Die von Karat praktizierte Raumsynthese war für viele als nicht mehr nachvollziehbar. Dies berichtete Lohmann in einem Interview:

Die Europäische Union ist diese starke, mächtige Kraft, die Grenzen verändert und alles verändert, was in Europa entstanden ist, und neue Trennlinien schafft. Ich erinnere mich, wie Leute aus Westeuropa auf mich zukamen und sagten: ›Aber was ist das? Wir verstehen nicht, wie kann das überhaupt sein?‹ Ich sagte darauf, nun ja, das ist so, jetzt hat die Organisation Karat, die zuvor in einer eigenen Region funktionierte, plötzlich diese Region nicht mehr. Europa hat sich hier an dieser Stelle verändert.⁹⁰

Weiteres Interesse an einer regionalen Kooperation hatten hingegen Organisation aus Ländern, die zum Zeitpunkt der Forschung noch nicht zur EU gehörten, wie Rumänien und Bulgarien, sowie Organisationen aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, die aus der Erfahrung von Organisationen aus neuen EU-Mitgliedstaaten lernen wollten und ebenfalls einen EU-Beitritt ihrer Länder anstrebten.⁹¹

Wenn in der »Erklärung einer Nicht-Region« im Jahr 1995 der »Übergang« (*Transition*) als gemeinsames regionales und verbindendes Merkmal herangezogen wurde, so stellt die Karat-Koalition in Äußerungen von Mitarbeiterinnen des Sekretariats einige Jahre nach dem EU-Beitritt die Bindung in eine Raumkonstruktion zunehmend durch die Relation der Entwicklungshilfe her. Die Begriffe des »Fortschritts« und der »Entwicklung« beziehen sich allerdings nicht unbedingt auf ökonomische Aspekte, sondern auf die Demokratisierung des politischen Systems und der Abkehr vom Autoritarismus, wie es dieses Zitat verdeutlicht:

Es gibt einen Unterschied von 20 Jahren, der alles auf den Kopf gestellt hat, was, denn ich spreche über diese Länder, wie Polen, wie die Tschechische Republik und

⁹⁰ Interview mit Kinga Lohmann v. 2013 (Übers. J.R.).

⁹¹ Ebd.

alle neuen EU-Länder [...] es gibt noch eine Generation, die sich an das demokratische System erinnert, über das wir von unseren Eltern gehört haben. In der Sowjetunion hingegen ist das nicht mehr der Fall, dort dauert es schon 20 Jahre länger, sie kennen also kein anderes System außer dem Kommandosystem, außer dem totalitären System.⁹²

Der Begriff der »Entwicklung« (Development) löste den Begriff der »Transition« ab, über den noch in den 1990er Jahren im UN-Kontext die Gemeinsamkeiten der Länder des poststaatssozialistischen Europas definiert wurden (vgl. diesbezüglich das »Statement of Non-Region«⁹³). Der Unterschied besteht darin, dass aus Sicht der einiger NGO-Akteur_innen den zwischenzeitlich der EU beigetretenen Staaten in Mittel- und Osteuropa, wie Polen, jetzt die Rolle eines »Prototyps« oder auch die eines »Mittlers« oder einer »Brücke« zukomme. Eine solche Selbstpositionierung als Vermittler_in zwischen dem »Osten« und dem »Westen« war in Polen unter Intellektuellen und Politiker_innen zumindest bis zum Rechtsruck, der nach den Wahlen von 2015 einsetzte, sehr beliebt.⁹⁴ In Interviews zeigen sich Akteurinnen des Warschauer Sekretariats der Karat-Koalition, welches die Organisation in der Praxis leitet, teilweise sehr kritisch gegenüber solchen neuen Definitionen von Ost-West-Verhältnissen, in denen ehemals staatssozialistische EU-Länder die Rolle »eines Westens« übernehmen sollen:

Sie erwarten von uns, dass wir eine Brücke zwischen Europa sind, deshalb ist es notwendig, eine andere Richtung zu verfolgen. Jetzt stellt sich allerdings heraus, dass sie dieses von Karat geschaffene Forum deshalb sehr schätzen, weil sie sich in einer größeren – ihrer eigenen Gruppe – treffen können. »Ihre eigene« bedeutet in diesem Fall die ehemalige Sowjetunion.⁹⁵

Die Verschiebung der Position poststaatssozialistischer Länder zu Ländern *Mittel- bzw. Zentraleuropas* nach dem EU-Beitritt der Länder 2004 beschreibt Alan Dingsdale folgendermaßen: »[...] shifting from a status as the western edge of the east, to being, once again, the eastern edge of the west« (Dingsdale 2001: 267).

⁹² Ebd.

⁹³ In der Erklärung steht »We are bound by the common problems associated with the transition to democracy« und die Region wird als »Countries in Transition in ECE Region« bezeichnet.

⁹⁴ In anderen Kontexten deutet die Brückenmetapher jedoch oft auch auf die Abgrenzung Polens vom »Osten« hin und nimmt für das Land eine Position der »westlichen« Überlegenheit ein. Diese Ambivalenz spiegelt die semiperipherie Position Polens und auch die der anderen ehemaligen staatssozialistischen Länder innerhalb »Europas« wider. Zur Semiperipherie vgl. z. Manuela Boatca (2006).

⁹⁵ Interview mit Kinga Lohmann v. 2013 (Übers. J.R.).

Aus der Perspektive der Karat-Koalition war die Einbeziehung abgelegener Nachbarregionen aus der ehemaligen Sowjetunion in das politische Projekt der »westeuropäischen« Form der Demokratie eine wichtige Aufgabe und Ausdruck von Solidarität. Der Status von ehemals staatssozialistischen Ländern änderte sich nach der EU-Osterweiterung entscheidend. Als EU-Mitgliedsstaat begriff man sich in einer sicheren und demokratischen Position, eine Selbstwahrnehmung, die sich nach der rechtsnationalen europakritischen Machtübernahme und der teilweisen Demontage der demokratischen Regierungsstrukturen in Ungarn und Polen wieder änderte.⁹⁶

In den zwischen 2010 und 2013 geführten Interviews äußerten die Gesprächspartner_innen die Befürchtung, Staaten aus der GUS-Region⁹⁷ und Zentralasien könnten sich von den demokratischen Prinzipien, für die die Mitglieder der EU eintreten, sowie von den Menschenrechten der Frauen distanzieren. Die Zusammenarbeit innerhalb eines Zusammenschlusses von Organisationen sollte garantieren, dass die nicht der EU zugehörigen Staaten den »Anschluss an Europa« nicht verlieren. Eine »Europäisierung« setzten die Aktivist_innen mit Modernisierung und Modernisierung mit der Einführung bzw. Konsolidierung von Geschlechterdemokratie gleich.

Die relationale Einbindung in eine gemeinsame Region sollte es den Organisationen aus den poststaatssozialistischen Ländern (seit der EU-Osterweiterung auch Geberländern der EU) ermöglichen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine Zielvorstellung war, die Expertise aus der Erfahrung der »Transition« an Mitgliedsorganisation der Karat-Koalition außerhalb der EU weiterzugeben.⁹⁸ Die Expertise der ehemaligen Empfängerländer aus der Karat-Koalition, die nun zu EU-Mitgliedern geworden waren, sollte genutzt werden, um die Entwicklungshilfepolitik in den neuen Geberländern zu beeinflussen und die Gender-Komponente in Programmen zu stärken.

Diese Raumsynthese der Karat-Koalition, die sowohl Entwicklungshilfeempfänger (CIS) als auch Geberländer (EU) integrierte, ermöglichte den NGOs zu-

96 In den deutschen Medien wurden z.B. Ungarn und Polen als »Musterschüler« bezeichnet, die sich zu »Problemkindern« entwickelt haben (vgl. z.B. Makro 2016). Im Dezember 2017 beschloss die Europäische Kommission die Aktivierung eines Verfahrens nach Artikel 7 des EU-Vertrags gegen Polen. Im September 2018 wurde es auch gegen Ungarn aktiviert. Das Verfahren kann dazu führen, dass bestimmte Rechte der EU-Gründungswerte verletzenden EU-Mitgliedstaaten ausgesetzt werden (Europäisches Parlament 2018).

97 GUS steht für »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«, und umfasst ehemalige Mitgliedstaaten der Sowjetunion.

98 Der Status der Länder wird nach der E-Osterweiterung der Europäischen Union geändert. Die Staaten der EU werden als sicher und demokratisch eingestuft. Seitens der NGOs wird befürchtet, dass sich bspw. Ländern aus der Region CIS und Zentralasien von Ideen der Demokratie, wie sie von EU-Staaten vertreten werden und Frauen-Menschenrechten entfernen.

dem auch in Geberländern auf Entwicklungshilfegelder zugreifen zu können.⁹⁹ Andererseits ergab sich aus der Einführung der geschlechterdemokratischen Entwicklungsthematik eine neue Legitimation der regionalen Raumsynthese von Karat, und dies in einer Situation, in der sich die poststaatssozialistische Region zunehmend ausdifferenziert hatte und die gemeinsame politische Vergangenheit (d.h. die Mitgliedschaft in der sozialistischen Staatengemeinschaft) an Bedeutung verlor.

Entscheidend in diesem Zusammenhang war zudem, dass die Karat-Koalition nicht die einzige Organisation ist, die nach der EU-Osterweiterung begann, mit Organisation aus Ländern außerhalb der EU und dabei insbesondere im Kaukasus zusammenzuarbeiten.¹⁰⁰ Organisationen aus dem ehemaligen politischen Osten hatten keine Finanzierungsmöglichkeiten über die UNDP sowie keine Möglichkeiten der Finanzierung gemeinsamer Projekte mit Organisationen aus dem ehemaligen politischen Westen.¹⁰¹ Geldgeber wie private Stiftungen, staatliche Fonds und internationale Organisationen verteilen ihre Mittel u.a. nach einem regionalen Schlüssel. NGOs, die andere, als von den Gebergruppen vorgegebene räumliche Synthesen praktizieren, passten nicht in dieses Verteilungsmuster. Der Mangel an Finanzierungsquellen machte es schwierig, ein Weiterbestehen der Organisationen zu garantieren, denn im gegebenen gesellschaftspolitischen Kontext gab es wenig Möglichkeiten, Projekte in der selbst definierten Region ohne externe Finanzierung durchzuführen.

Die Reproduktion hegemonialer Aufteilungen von Raum über eine zeitliche Differenz in Diskursen der Entwicklungshilfe und Transformation wurde in Forschung

99 Regionale Aufteilungen wie sie durch relevante Geldgeber (private Stiftungen, Fonds der Staaten und internationaler Organisationen) praktiziert wird, bedeuten praktisch, dass die Verteilung von Fördermittel auch nach einem regionalen Muster verlaufen. Jene NGOs aber, die andere Raumsynthesen praktizieren, fallen deshalb durch das Föderaster. Mangelnde Finanzierungsquellen erschweren es wiederum, den Zusammenhalt der Organisationen aufrechtzuerhalten. Denn in dem gegebenen soziopolitischen Kontext bestehen kaum Möglichkeiten, in der selbstdefinierten »Region« der Organisation, selbständige Projekte ohne externe Förderung durchzuführen.

100 Z. B. hat auch die deutsche Organisation OWEN zu dem Zeitpunkt die Zusammenarbeit mit Organisation weiter in Richtung Osten verstärkt. Ein ähnliches Phänomen beschreibt auch Marta Reuter mit Blick auf skandinavische und baltische NGOs (vgl. Reuter 2010: 281).

101 Auch das Network of East West Women oder bspw. OWEN e.V., eine Organisation gegründet durch Frauen aus der ehemaligen DDR, fing an Projekte in Zentralasien und dem Kaukasus zu organisieren. Das Network of East West Women (NEWW-POLSKA) koordinierte z.B. ab 2007 das Gender Watch Project der EU/Commonwealth of Independent States (CIS), bei dem es darum ging Frauen-NGOs in Zentralasien, dem Kaukasus und Nachbarschaftsstaaten in monitoring und advocacy Arbeit für eine gender-sensitive Entwicklungspolitik zu schulen. Das Schulungsprogramm hatte den Titel: »New instruments of the EU development policies and their monitoring in the region of CEE/CIS« (vgl. ECOSOC 2009: 9).

viel diskutiert und zeigt sich auch in dieser Untersuchung. Doreen Massey führt aus, wie in die Definition von Raum ein Entwicklungspfade implizieren, indem eine Raumkonstruktion mit einer anderen relational gebundenen Raumkonstruktion als *gleich*, jedoch zeitlich versetzt verstanden wird (Massey 1999: 279–294). Demnach kann die skalare Integration, die relationale Einbindung in einen übergeordneten Maßstab (*Scale*), die mit der Idee eines Entwicklungspfades korrespondiert, auch entmündigende Folgen mit sich bringen. Mitglieder des Karat-Sekretariats kritisierten in den von mir geführten Interviews die Inhalte der offiziellen Entwicklungspolitik von Staaten und internationalen Organisationen. Dabei reflektierten sie die Erfahrung ihrer eigenen Entmündigung sowie die Gefahr der Reproduktion hierarchischer Verhältnisse. Der Begriff *Entwicklung* wird deshalb in der Kommunikation teilweise durch den Begriff *Zusammenarbeit* ersetzt. Im Rückblick auf eigene Erfahrungen reflektieren Karat-Mitglieder mittlerweile auch die Entwicklungshilfepolitik der 1990er Jahre, die die Transformation der poststaatssozialistischen Länder mitsteuerte. Sie meinen, diese sei eine Form der automatischen Übertragung von Konzepten in der Entwicklungsgesellschaft gewesen.¹⁰² So sagte eine Akteurin der Karat-Koalition im Interview Folgendes:

Vor allem die USA, muss ich sagen, haben eine Menge Fehler gemacht, indem sie versucht haben, ihre Visionen von Gesellschaft Ländern aufzuzwingen, in denen dieses Konzept völlig fremd war [...] Also nach all den Jahren, die ich in der Entwicklung gearbeitet habe, bin ich mir ziemlich sicher, dass man nicht einfach ... man kann nicht, ohne irgendeine Art von Bescheidenheit [...], wenn man maximal respektvoll gegenüber der Gesellschaft ist, auch wenn es eine arme Gesellschaft ist [...] so kann man die Welt nicht nach sich selbst verändern, nach seinem eigenen Bild. Dies ist sehr gefährlich.¹⁰³

Darüber hinaus sind sich die Akteurinnen der Karat-Koalition Mitgliederorganisationen der Grenzen von skalaren Strategien bewusst, die auf hegemonialen räumlichen Regimen und Ordnungen aufbauen. Einige Akteurinnen der Karat-Koalition-Mitgliedsorganisationen hatten dementsprechend den Wunsch geäußert, andere Formen der Raumsynthese in Bezug auf die eigene Organisation zu praktizieren.

¹⁰² Schon im »Statement of Non-Region« wurde der Sozialabbau kritisiert, jedoch nehme ich anhand von zugänglichen Dokumenten, Artikeln und dem Vergleich mit heutigen Aussagen an, dass die in diesem Beitrag untersuchten feministischen Akteurinnen eine vorerst affirmative Einstellung zur Transformation zu einer liberalen Marktwirtschaft hatten. Die angeprangerte Feminisierung der Armut und der Sozialabbau wurden vorerst vor allen als aufkommende patriarchale Tendenzen bewertet (Transformationsverliererinnen-Theorie) (vgl. East-East European Caucus 1995).

¹⁰³ Es handelt sich um eine Aussage einer Vertreterin (anonymisiert) einer Karat-Koalition Mitgliedsorganisation aus einem Interview v. 2010 in Warschau. Interview in Englisch (Übers. J.R.).

Eine solche Reflexion über die Strukturen der Zugehörigkeit kommt auch in einem Zitat aus dem Interview von 2010 in Warschau mit einer ehemaligen UN-Angestellten und Vertreterin einer Mitgliedsorganisation in der Karat-Koalition von außerhalb Polens, die anonym bleiben wollte, zum Ausdruck:

Karat muss vielleicht einen Weg finden, nicht über die territoriale Aufteilung nachzudenken, sondern stattdessen anfangen zu überlegen, wie das Netzwerk unabhängig von der Aufteilung nach Regionen funktionieren könnte. Die Karat-Koalition ist eine NGO, wir müssen nicht der Struktur folgen, ein Diener der Struktur sein. Ich denke, es ist eine große Chance für die Karat-Koalition, neue Themen aufzugreifen, weil wir viel flexibler sein können, um uns für neue Dinge zu öffnen, die jetzt entstehen [...]¹⁰⁴

Dieser Vorstellung folgend, würde der Koalition zugutekommen, wenn sie in ihrer eigenen Raumsynthese flexibler und handlungsorientierter wäre, statt institutionalisierte Raumordnungen, wie sie in der UN üblich sind, zu reproduzieren.

Im Lauf der Jahre entwickelte Karat ihre Strategien weiter, sowohl in Bezug auf ihre Anwendung als auch im Hinblick auf die behandelten Themen. Die institutionalisierte Regionalstruktur erwies sich dabei als äußerst wirkungsmächtig und beeinflusste zudem implizit die Handlungs- und Mobilisierungspotentiale der sogenannten Zivilgesellschaft. Es entstanden bspw. politische Gelegenheitsstrukturen sowie Förder- und Vernetzungsmöglichkeiten durch nationale Entwicklungshilfen und die EU-Nachbarschaftspolitik. NGOs, die auf Advocacy spezialisiert sind, sind auf finanzielle Mittel aus Fördertöpfen angewiesen, um ihre Arbeit durchführen zu können. Die Advocacy-Arbeit im Feld internationaler Organisationen wie der UN erfordert fachliche Fähigkeiten und eine profunde Kenntnis der institutionellen Mechanismen sowie Mobilität und Kontinuität, um Entscheidungsprozesse zu verfolgen. Dies gilt insbesondere für die transnationale Advocacy-Arbeit. Auf längere Sicht gesehen machte die Veränderung der Zugehörigkeitsverhältnisse es Karat nach der EU-Integration einiger ehemals staatssozialistischer Länder sehr schwierig, ihrer eigenen skalaren Agenda zu folgen. In den Interviews drückte sich hier auch eine Enttäuschung über die UN aus:

Der ganze Prozess, nun ja Peking, war die größte Errungenschaft. Das lässt sich nicht leugnen. Und die ganzen Entwicklungen, die danach passierten? Es ging darum, um Gottes Willen bitte dieses Dokument nicht zu öffnen, denn jedes Öffnen dieses Dokuments würde einen Rückschritt bedeuten. Alles dreht sich darum, das zu verteidigen, was '95 gewonnen wurde. Denn damals gab es eine Art goldenes

¹⁰⁴ Interview in Englisch mit einer Karat-Akteurin (anonym) v. 2010 in Warschau (Übers. J.R.).

Zeitalter, eine Menge neuer Begriffe wurden eingeführt. Also zum Beispiel, Frauenrechte, Menschenrechte und so weiter und so fort. Gleichberechtigung, Gender Equality und andere Dinge.¹⁰⁵

Nach dem Durchbruch auf der Konferenz in Peking schränkte die UN im Verlauf der Jahre staatlichen und nichtstaatlichen Akteur_innen intermediaire Räume, innerhalb dessen Menschenrechtsakteur_innen Einflüsse auf internationale Prozesse hätten nehmen können, immer mehr ein. Im Jahr 2000 beanstandete eine Stellungnahme des *NGO Caucus from Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States* eine fehlende Transparenz der Entscheidungsprozesse. Im Juni 2000 wurde diese Klage auf der Generalversammlung der UN im Juni vorgebracht:

We also wish to voice our concern about the lack of transparency of the 23th UN Special Sessions process and especially about the limited possibilities for NGO participation. This is a step back from the favorable practice started at the ECE Preparatory Meeting in Geneva that allowed for dialogue and cooperation between governments and civil society (NGO Caucus from Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States 2000).

Im Rahmen meiner teilnehmenden Beobachtung in den 2000er Jahren konnte ich die zunehmende Reduktion, der noch in den 1990er Jahren gepriesenen, intermediairen Räume in einem fortgeschrittenen Stadium beobachten. 2010 begleitete ich die Direktorin des Warschauer Sekretariats von NEWW auf der CWS-Versammlung der UN. Dort hatte ich die Möglichkeit, sowohl die offizielle Versammlung als auch das parallel stattfindende NGO-Forum zu besuchen. Auf den Treffen waren nur noch eine Handvoll von Frauenrechtsaktuer_innen aus ehemals poststaatssozialistischen Ländern vertreten. Auf den Caucustreffen mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten beklagten die Frauenrechtsakteur_innen offen eine fehlende Transparenz und Teilnahmemöglichkeit an den vor Ort stattfindenden Prozessen. So war es für die aus aller Welt angereisten und akkreditierten Akteur_innen kaum möglich, Informationen über die Prozesse zu erhalten, um diese eventuell beeinflussen zu können. Eine der wenigen Optionen, überhaupt an Informationen zu gelangen, war durch gute Beziehungen zu nationalen Regierungsdelegationen. Der Zugang zu dem Hauptsitz der UN gestaltete sich aufgrund von Umbauten schwierig und die UN schränkte die Teilnahme von Nichtregierungsakteur_innen ein. Auch zu zufälligen Begegnungen mit anderen Teilnehmer_innen der Versammlungen kam es kaum noch. Die erschwerten Bedingungen für Networking und Advocacy-arbeit, führte dazu, dass viele der angereisten Frauenrechtsakteur_innen den Sinn und Zweck ei-

¹⁰⁵ Interview mit Kinga Lohmann v. 2013 (Übers. J.R.).

ner zukünftigen Teilnahme an den Versammlungen der UN grundsätzlich in Frage stellten.

Auf der Suche nach neuen Handlungsräume wichen einige international engagierte Frauenrechts-Advocacy-Organisationen auf andere regionale Foren aus, wie das Sozialforum oder solche Foren in Asien, Afrika und Lateinamerika. Vergleichbare Foren für eine poststaatssozialistischen und postsowjetischen Region, die eventuell ein Mobilisierungspotential haben könnten, bestanden gleichzeitig nicht.¹⁰⁶

Nach 2010 traf darüber hinaus viele NGOs ein immer stärker werdender rechter, nationalistischer und fundamentalistisch-religiöser Backlash auf staatlicher Ebene. Laut Lohmann wurde innerhalb der Karat-Koalition die gesellschaftliche und parteipolitische Rechts-Entwicklung als ein internationales Problem betrachtet, das nicht nur für die Region der Karat-Koalition (poststaatliches sozialistisches Europa und Zentralasien) spezifisch sei.¹⁰⁷ Diese Entwicklung erfordere Maßnahmen jenseits eines Ost/West-Gefälles.¹⁰⁸ Nichtdestotrotz zwang der zunehmende Rechtsruck viele Karat-Mitgliedsorganisationen, sich auf nationale Themen zu konzentrieren, während ihnen die personellen und wirtschaftlichen Ressourcen fehlten, um sich zusätzlich regional und grenzüberschreitend zu engagieren.

Im Rahmen einer Hauptversammlung, die vom 5. bis zum 16. Dezember 2018 digital stattfand, forderte die Leitung von Karat die 41 Mitgliedsorganisationen auf, über die Zukunft der regionalen Organisation abzustimmen. Als Bedingung für das Fortbestehen der Koalition, sah die Leitungsstruktur von Karat (Vorstand, Beirat und Sekretariat), dass sich zumindest 7 Personen bereit erklären, die Leitung der Koalition zu übernehmen. Nur knapp über eine Hälfte der Mitgliedsorganisationen beteiligte sich an den Abstimmungen. Die Mehrheit der 22 von den 41 an den Abstimmungen beteiligten Organisationen sprach sich zwar gegen die Auflösung aus (15 Nein-Stimmen gegenüber 6 Ja-Stimmen), jedoch bekundeten nur 6 Einzelpersonen ihr Interesse, die Verantwortung für die Leitung des Netzwerks zu übernehmen. Im Januar 2019 wurde über das Ergebnis der Abstimmung und die endgültige Auflösung der Karat-Koalition als regionales Netzwerk informiert.¹⁰⁹ Die endgültige Auflösung der Karat-Koalition zeigt, wie schwierig es ist, eine alternative räumliche Synthese aufrechtzuerhalten, wenn diese Synthese mit den dominanten und formalisierten räumlichen Regimen der Zugehörigkeit und den damit einher-

¹⁰⁶ Insbesondere in Brasilien und Indien gibt es starke Bewegungen, die regionale Foren organisierten. Vgl. Online-Interview mit Kinga Lohmann v. 2020. Zu den zu heute bedeutenden internationalen für geschlechterdemokratische und feministische NGOs gehört vor allem das Forum von AWID.

¹⁰⁷ Vgl. Online-Interview mit Kinga Lohmann v. 2019.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Informationen auf Basis einer E-Mail des Karat-Sekretariats und des Karat International Board, die am 21. Januar 2019 über den Verteiler an die Karat-Mitglieder geschickt wurde.

gehenden Gelegenheitsstrukturen inkompatibel ist und daher keine Unterstützung findet.

Konservative Gegenoffensive: Family-Mainstreaming versus Gender-Mainstreaming (2015-2021)

In diesem Kapitel werden Strategien und räumlich-sinnliche Praktiken feministischer Akteur_innen in Polen diskutiert, die darauf abzielten, eine Repräsentation über kollektive Zuschreibungen (»Identitäten«) und die mit damit verbundenen Raumkonstruktionen zu erlangen. Damit stehen hier Akteur_innen im Mittelpunkt, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, das staatliche Gender-Regime in Polen nachhaltig geschlechterdemokratisch umzugestalten.

Es sind allerdings nicht nur geschlechterdemokratische Akteur_innen, die bemüht sind, auf internationaler Ebene institutionalisierte Gender-Ordnungen zu ändern. Vielmehr können multiple, konkurrierende räumlich-sinnliche Prozesse von Gender(-An-)Ordnungen beobachtet werden. Gerade auch aufgrund aktueller Entwicklungen sowie eines an politischen Einfluss gewinnen Rechtspopulismus und Konservatismus lohnt sich ein Blick auf die Ereignisse rund um die 4. Weltfrauenkonferenz der UN und die Kämpfe um Geschlechterregime im Jahr 1995. Die 4. Weltfrauenkonferenz stellte eine wichtige Weiche in dem Kampf um Frauen-Menschenrechte dar. Einerseits wurden der dort formulierte UN-Menschenrechtsrahmen und die Sprache, der sich UN-Menschenrechtsvertreter_innen bedienten, von feministischen Akteurinnen stark kritisiert, da beides weit hinter den Forderungen feministischer sozialer Bewegungen zurückblieb. Dennoch hatten die Einführung des Genderbegriffs und die Definition von Frauenrechten als Menschenrechte als Norm und Bezugspunkt große Relevanz. Die einfache Idee, dass Frauen Autonomie in Bezug auf die Familie zugestanden werden soll, ist auch heute noch stark umstritten, und der Menschenrechtsdiskurs ist immer noch ein wichtiger Bezugspunkt sowie ein zentrales Instrument für soziale Bewegungen.

Obwohl die UN geschwächt ist und die EU stark an Bedeutung zugenommen hat, ist der UN-Menschenrechtsrahmen weiterhin essenziell, weil er nicht nur für die Festlegung und die Legitimierung von Normen auf internationaler Ebene Anwendung findet, sondern auch innerhalb politischer Kämpfe zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, staatlichen und nichtstaatlichen Akteur_innen, einschließlich sozialer Bewegungen, NGOs und religiöser Organisationen. Dies gilt bei dem Aushandeln politischer Rahmenbedingungen sowohl außerhalb Europas als auch innerhalb der neuen EU-Mitgliedsländer sowie der Beitrittskandidaten. Die Menschenrechte bleiben ein Bezugspunkt für die unterschiedlichen Akteur_innen (sowohl in negativer als auch in positiver Hinsicht). Um ein Beispiel aus dem Bereich

der Frauenrechte zu nehmen, ist dies bei Themen wie dem Schutz vor Gewalt in der Familie oder Fragen der Reproduktion von immenser Bedeutung.

Im Kern sind viele der Kämpfe, mit denen Menschen heute konfrontiert sind und an denen sich auch die religiöse und konservative (extreme) Rechte beteiligt, solche um Zugehörigkeitsregime. Sie werden weitgehend von dem Versuch geleitet, eine »natürliche Ordnung wiederherzustellen«. Der Begriff einer »natürlichen Ordnung« ist eine beliebte Phrase innerhalb neokonservativer und rechtsextremer Diskurse. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Broschüre und das Manifest »Restoring the Natural Order: an Agenda for Europe«(Datta 2018). Der konservative Backlash, der in Polen sowie auch in vielen anderen Ländern stattfindet und oft mit dem Wiederaufleben eines Ethno-Nationalismus einhergeht, zielt darauf ab, den einzelnen Menschen nicht nur der »Nation«, sondern auch der »Familie« unterzuordnen. Dieser Backlash macht nicht an nationalen Grenzen halt. Er spielt sich auch in den Foren der UN ab, auf denen verschiedene Akteur_innen an einer grundlegenden Umgestaltung des Menschenrechtsrahmens arbeiten. In den Debatten sind Versuche zu erkennen, die Regime der Zugehörigkeit auf der Ebene der Nationalstaaten, der UN und der EU zu verändern, um ein familistisches Regime zu etablieren. Das Ziel scheint zu sein, internationale und supranationale Organisationen in Zukunft als Instrumente für die Top-down-Umsetzung solcher Veränderungen auf nationaler Ebene zu nutzen.

Ein erster Durchbruch dieser Bemühungen war die Resolution des Menschenrechtsrates »Zum Schutz der Familie« aus dem Jahr 2014. Diese Erklärung wurde durch den Druck von n und NGOs ermöglicht, darunter Koalitionen von christlichen (Vatikan, russisch-orthodoxe Kirche) sowie muslimischen religiösen und staatlichen Akteur_innen. Diese traten als Block, z.B. auf dem *United Nations Family Rights Caucus* während des CSW61 2017 in New York, auf. In der gemeinsamen Abschlusserklärung erklärt der Caucus, dass er es als seine Aufgabe ansiehe, »die natürliche Familie als grundlegende Einheit der Gesellschaft zu schützen und zu fördern, wie es in Artikel 16 der UN-Menschenrechtserklärung gefordert wird« (UN-Family Rights Caucus 2017). Weiterhin erklärt der *UN-Family Rights Caucus*:

The one thing that unites us all, regardless of faith, national origin, or cultural background is our understanding that a nation's strength and the well-being of its people depends largely on the stability and strength of its families (ebd.).

Dass die rechte familistische Ideologie oft eng mit dem Nationalismus verknüpft ist, lässt sich zum Beispiel an den Aktivitäten der UN-Lobbyisten-NGO *Family Watch International* (FWI) ablesen, wo Forderungen nach dem »Schutz der Familie« mit Forderungen nach dem »Schutz der nationalen Souveränität« verknüpft werden (vgl. Family Watch International 2017). Wie Frauenrechtlerinnen der AWID (*Association for Women's Rights in Development*, oder *Verein für Frauenrechte in Entwicklung*) beobach-

teten, impliziert diese Herangehensweise eine Verschiebung vom Schutz des Individuums zu demjenigen von Institutionen und sozialen Regimen (vgl. AWID OURs 2017).

Der Grundsatz, nach dem Individuen Rechte gewährt werden, um sie vor Gewalt Seiten des Staats und der Gemeinschaft zu schützen, wird von einer Vorstellung, abgelöst, die zum Ziel hat skalare Konstrukte der Zugehörigkeit zu bewahren. Auf diese Weise wird die Grundidee der Menschenrechte, die den einzelnen Menschen vor mächtigen Kollektiven und Institutionen, wie Staaten, Religionsgemeinschaften oder der Familie, schützen sollen, auf den Kopf gestellt. Auf diese Weise verwandeln sich rechtliche Rahmen und Institutionen zu einem Werkzeug für diejenigen, die bereits über Gemeinschaften regieren. Um es mit anderen Worten zu sagen: Statt Rechte zu gewähren, um Einzelne sowie relational abhängige vor Gewalt durch Staaten und Gemeinschaften zu schützen, tritt eine Vorstellung in den Vordergrund, die skalare und hierarchische räumlich-sinnliche (An-)Ordnungen der Zugehörigkeit schützen will.

Die Änderung des gesamten UN-Rahmens wäre jedoch ein sehr langer, schrittweiser und mehrstufiger Prozess. Wie dieses Ringen um Zugehörigkeitsregime ausgehen wird, steht noch offen, und es ist offensichtlich, dass sich dieser Prozess nicht in allen UN-Gremien gleichförmig entwickeln wird. Während die UN-Resolution »Zum Schutz der Familie« durch zwei weitere Resolutionen in den Jahren 2016 und 2017 Bestätigung sowie Weiterentwicklung erfuhr, folgen die einzelnen UN-Gremien im Großen und Ganzen immer noch der Agenda der »Menschenrechte der Frau«, wie sie in der Erklärung und Aktionsplattform von Peking im Rahmen der 4. Weltfrauenkonferenz im September 1995 beschlossen, bestätigt und weiterentwickelt wurde. Sexuelle sowie reproduktive Gesundheit und die Rechte von Frauen und Mädchen sind nach wie vor ein zentraler Bestandteil des Rahmens der Menschenrechte. Die abschließenden Kommentare des Menschenrechtsausschusses der UN zum periodischen Bericht, den Polen gemäß dem ICCPR (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte) vom November 2016 erstellte, sind ein Beispiel dafür. Der Ausschuss äußerte sich besorgt über die hohe Zahl von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden, und forderte den polnischen Staat auf, »von der Verabschiedung jeglicher Gesetzesreform abzusehen, die auf eine Rückentwicklung der bereits restriktiven Gesetzgebung für den Zugang von Frauen zu einem sicheren legalen Schwangerschaftsabbruch hinauslaufen würde« (Human Rights Committee 2016). Nach der Machtübernahme durch eine familistische Rechte in Polen verschärfe die Lage, da die Anfechtung von Frauen- und LGBTQ*-Rechten auf vielen Ebenen gelleichzeitig erfolgte. Längst ging es nicht mehr darum, bereits ratifizierte Entscheidungen, wie die Istanbul-Konvention, aufzukündigen, sondern um die Entwicklung neuer europaweiter und internationaler Vereinbarungen. So sollte eine durch den polnischen Staat vorgeschlagene Europäische Familienrechtskonvention (*Europejska Konwencja Praw Rodziny*), die u.a. das Institut für Rechtskultur *Ordo*

Iuris verfasst hatte, in den Worten des Abgeordneten Marek Jurek in einer Diskussion im polnischen Parlament (Sejm) am 17. März 2021 das »Ansehen« des polnischen Staates wiederherstellen (Jurek/Sejm Rzeczypospolitej Polskiej 2021).

Zwischenresümee: Exklusion durch Inklusion

Ausgehend von einer Darstellung in den Ende 1980er und in den 1990er Jahren erfolgten Mobilisierung geschlechterdemokratischer Akteur_innen und des politischen Kontexts, wurde in diesem Kapitel die Bedeutung von Maßstabsebenen (*Scales*) in politischen Auseinandersetzungen behandelt und analysiert. Die Frage lautete, wie sich skalare sinnlich-räumliche Zugehörigkeitsordnungen auf *Repräsentation* und *Agency* (Handlungsmacht) auswirken. Ein Anliegen war dabei einerseits, die Repräsentation und Definitionsmacht über Raumkonstruktionen zu reflektieren, andererseits, die Fremd- und Selbstpositionierungen von Akteur_innen in einer räumlich-sinnlichen Ordnung zu betrachten. Die Positionierung von Identitätskatgorien innerhalb von Zugehörigkeitsregimen liegt vielen gesellschaftspolitischen Kämpfen zugrunde; die in diesen Positionierungen implizit enthaltene Machtfrage ist im Konflikt zwischen dem national-katholischen und dem geschlechterdemokratischen Lager in Polen besonders entscheidend. Es zeigte sich, dass es die räumliche Ordnung der UN, die der Kategorie der »Frauen« in Bezug auf die Kategorie der »Familie« eine relationale Autonomie einräumt, den geschlechterdemokratischen Akteuren aus Polen ermöglichte, politische Handlungsfähigkeit zu erlangen. Die räumliche Ordnung der *Zugehörigkeit* verschaffte ihnen in den 1990er Jahren sogar einen gewissen Vorteil in ihrem Kampf gegen religiöse Aktivist_innen von katholischen Anti-Choice-Familienorganisationen – zumindest was die Frage der legitimen Repräsentation »polnischer Frauen« anbelangte. Allerdings erfuhren die Aktivistinnen aus Polen, die sich für Geschlechterdemokratie einsetzten, durch die Überlegenheit der regionalen räumlichen Einteilung auch einen gewissen Nachteil. Dieser resultierte aus der symbolischen und formalen Einbindung in Europa, welches üblicherweise durch die »Kernländer« des ehemaligen politischen »Westens« repräsentiert wurde.

Die von mir beschriebenen Interventionen und die Arbeit der Advocacy-Organisationen beruhten u.a. darauf, bestehende Grenzen zwischen verschiedenen Räumen zu überschreiten und trotz stark reglementierter Settings neue Räume vorzubringen. Anders ausgedrückt: Es ging darum, die Handlungsmöglichkeiten (*Agency*) der geschlechterdemokratischen Akteur_innen zu erweitern. Die Strategien der Frauenrechtsaktivist_innen basieren auf einer skalaren Hierarchie. Das nationale Prinzip in der räumlichen Ordnung wurde weder aufgehoben noch transzidiert, sondern in die räumliche Konstruktion integriert, wie die Stellungnahme der »Nicht-Region«, der East-East Caucus und die regionale Karat-Koalition zei-

gen. Die als »Region« auftrennenden »Frauen« stellten hierbei immer auch »zivilgesellschaftliche« Repräsentationen eines staatlichen Territoriums und Rechtsraumes dar.

Die performative Konstruktion geschlechterdemokratischer bewegungseigener regionaler Raumsynthesen und deren Fortwähren in Form von Organisationen, wie der Karat-Koalition, hing allerdings auch eng mit der UN und den bis 2004 regionalen [GUS-CEE] Entwicklungsprogrammen der globalen UN-Weltfrauenkonferenz 1995 zusammen, da diese Ereignisse sowie die mit ihnen verbundenen Konsultationsverfahren regionalen Mustern folgten. Die beschriebenen Organisationen wenden die regionale Synthese, die räumliche »Wir-Produktion«, strategisch an, um Repräsentation sowie politische Handlungsmacht in einer räumlichen Ordnung zu gewinnen, die regionale Konstruktionen gegenüber anderen Konstruktionen favorisiert und den nationalen Raum der größeren Einheit der Region unterordnet. Langfristig eine eigene skalare Synthese aufrechtzuerhalten, die nicht institutionellen regionalen Mustern folgt, gestaltet sich für Advocacy-NGO-Netzwerke sehr schwierig, wie die Auflösung der Karat-Koalition nach einem über zwanzigjährigen Bestehen im Jahr 2018 zeigt.

In Ihrer Arbeit unter dem Titel »*Scales of Justice*« hatte Nancy Fraser (2009) darauf hingewiesen, dass falsch gesetzte geopolitische Maßstabsebenen (Scales) und die durch sie konstituierte Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft ungerecht sind, wenn sie Menschen aus einer politischen Gemeinschaft ausschließen, die von den Entscheidungen betroffen sind. Die in von mir analysierten Beispiele zeigen einen umgekehrten Mechanismus als den von Fraser beschriebenen – und zwar einen Ausschluss durch einen Einschluss. Hier sind die im Rahmen einer hierarchischen Zugehörigkeitsordnung in einer (intern-)relational abhängigen Kategorie Positionierten von der souveränen politischen Repräsentation ausgeschlossen und in ihrer Handlungsmacht eingeschränkt, weil sie als *spezifisch* und dependent gelten.

In dieser Arbeit wurde weder ein identitätsorientierter Ansatz gewählt noch vermeintliche »Unterschiede« zwischen »Frauen« bestimmt, die als »östlich« oder »westeuropäisch« gelten. Im Fall der untersuchten feministischen Akteurinnen würde dies darauf hinauslaufen, die Anerkennung ihrer Differenz zu fordern. Stattdessen galt der Fokus strukturellen Gründen, die eine Antwort darauf geben können, warum und auf welche Weise das politische Handeln dieser Akteurinnen eine Einengung erfuhr. Zweitens lag der Fokus auf den Strategien, die darauf abzielen, eben diese Hindernisse zu beseitigen oder sogar Strukturen in Form von institutionalisierten Regimen der *Zugehörigkeit* zu verändern.

Da skalare Regime nicht nur theoretische Konstrukte sind, sondern ebenfalls in institutionalisierter Form einen großen Einfluss auf die Organisation des täglichen Lebens und der Politik haben können, ist es nicht möglich, sie zu ignorieren. Politisches Handeln erfordert die Auseinandersetzung mit bisher reproduzierten Strukturen von Zugehörigkeit, wie der Organisation von Kategorien von Men-

schen innerhalb hierarchischer *Scales* und der eigenen Positionierung innerhalb dieser *Scales*. Die Form skalarer Zugehörigkeitsregime sowie die hierarchische Verteilung von »Identitäten« innerhalb dieser liegt vielen sozio-politischen Kämpfen zugrunde. Diese Kämpfe finden immer in einem bestimmten Kontext, in einer bestimmten räumlichen Ordnung, statt und werden von einer bestimmten Position ausgeführt. Wie das Beispiel der Positionierung von Frauenrechtsakteur_innen aus Polen auf der 4. Weltfrauenkonferenz der UN gezeigt hat, hängt die Möglichkeit, politische Forderungen durchzusetzen und Repräsentation zu erlangen, stark von der Positionierung der beteiligten Akteur_innen und Bewegungen in einer räumlichen Ordnung von Zugehörigkeit ab. Entscheidend für Fragen der Repräsentation und der *Agency* ist in den diskutierten Fällen nicht so sehr die Differenz zwischen dem *Gleichen* und dem *Anderen*, sondern die zwischen stellvertretend *Universellem* und *Partikulärem*, ebenso die skalare, die zeitlich und räumlich hergestellte skalare Hierarchie des *Prototyps* und des *Werdens*. Dies betrifft sowohl die Positionierung der Kategorie »Frau« (als autonom oder skalar in die »Familie« eingebunden) als auch die als Region, sei es als »Europa« oder als autonome, poststaatssozialistische europäische Region. Sie zeigt sich exemplarisch in der Einstufung von Entwicklungs-pfaden, wie des *Zur-Familie-Werdens* und *Zu-Europa-Werdens*.

Die *Scales* in diesen Hierarchien der Zugehörigkeit ziehen Grenzen um soziale Kategorien, und das hat Auswirkungen auf die relationale Autonomie und Handlungsfähigkeit derjenigen, die einer solchen Kategorie angehören. Diejenigen, die als partikulärer Bestandteil einer gemeinsamen Zugehörigkeitsordnung gelten, haben weniger Chancen, sich Gehör zu verschaffen oder das »Universelle« bzw. das Gemeinsame zu repräsentieren. Auf diese Weise organisiert die Inklusion in eine übergeordnete Zugehörigkeitskategorie eine politische Exklusion.

Inklusion kann somit eine politische Handlungsfähigkeit und die Fähigkeit, Diskurse sowie Verhandlungen über das Gemeinsame bzw. dessen Verwaltung zu beeinflussen, effektiv einschränken. Daher lassen sich Kämpfe, wie sie sich auf der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 vollzogen, nicht adäquat über Begriffe wie »Identität« und »Anerkennung« beschreiben. Die von mir untersuchten Auseinandersetzungen deute ich in erster Linie Kämpfe um die Zusammensetzung von sinnlich-räumlichen Zugehörigkeitsregimen und deren internen Hierarchien.

Inzwischen hat die UN, die in den 1990er Jahren einen konsolidierenden Einfluss auf die geschlechterdemokratischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa hatte, ihre allgemeine Bedeutung als Forum zur Stärkung der Frauenrechte auf nationaler Ebene verloren. Darauf wiesen Aktivistinnen, welche ich zu deren Advocacy-Aktivitäten in den 1990er Jahren interviewte, immer wieder hin. Dies zeigte ich ebenfalls im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung auf zwei Versammlungen des UN-Ausschusses CSW in New York jeweils im März 2010 und 2017. Im Verhältnis zu 2010 erfolgte 2017 ein enormer Wandel bezüglich der Möglichkeit für sogenann-

te zivilgesellschaftliche Akteur_innen, Räume der UN zu betreten, Informationen zu erhalten und somit Advocacy-Prozesse zu beeinflussen.

Was dies in Zukunft für die grenzüberschreitende geschlechterdemokratische und frauenpolitische Advocacy-Arbeit bedeutet, bedarf weiterer Beobachtung und Forschung. Jüngste Entwicklungen deuten auf einen Rückgang der transnationalen Advocacy-Arbeit hin, die auf die Veränderung bestehender Institutionen (z.B. UN, Regierungen von Staaten) abzielt, weil die Gelegenheitsstrukturen schrumpfen. Die Karat-Koalition hatte sich aufgelöst und auch andere Organisation, die auf EU- und UN Ebene tätig sind, sind zunehmend geschwächt, da nicht genügend Ressourcen für ihre Arbeit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig entstehen lokal streitbare Politiken sowie neue soziale Bewegungen, die sich auch über Grenzen von Staaten hinaus vernetzen und ausbreiten.

